

hätten, dann müsse es aber auch möglich sein, in diesem Gremium über alle Fragen der Außenpolitik sowie der Wirtschafts- und Verteidigungspolitik zu sprechen. Es wäre für Frankreich nicht denkbar, daß man z.B. die Verteidigungspolitik ausklammere, weil hierfür die NATO kompetent sei, oder die Wirtschaftspolitik, weil hier Brüssel zuständig sei, oder Ostasien, weil hier angeblich keine europäischen Interessen involviert seien. Gerade der Konflikt in Ostasien<sup>11</sup> sei ein gutes Beispiel: Dort seien die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Rotchina in großem politischen Einsatz und Europa, das von einem eventuellen ostasiatischen Konflikt unmittelbar betroffen würde, habe kein Wort mitzureden. Deshalb sei es die Politik Frankreichs, Europa wieder zu einem seiner Geschichte, seinem militärischen und wirtschaftlichen Potential gemäßen weltpolitischen Faktor zu machen.

[gez.] Klaiber

VS-Bd. 2433 (I A 3)

## 63

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Böker

I B 4-83.00/90.35/235/65 geheim

9. Februar 1965

Betr: Deutsch-arabische Beziehungen

Ich hatte gestern und heute zwei längere Aussprachen mit dem tunesischen Botschafter<sup>1</sup> über den Komplex Ulbricht-Einladung<sup>2</sup> und Waffenlieferungen an Israel<sup>3</sup>. Der Botschafter ist kurzfristig von seiner Regierung zu Konsultationen nach Tunis zurückberufen worden, da Präsident Bourguiba über die Entwicklung des deutsch-ägyptischen Verhältnisses und seine möglichen Auswirkungen auf die anderen arabischen Staaten sehr besorgt ist. Präsident Bourguiba wird sich am 17. oder 18. Februar zu einem Staatsbesuch nach Kairo<sup>4</sup> und anschließend in sämtliche anderen arabischen Länder begeben. Sein Aufenthalt in Kairo findet also vor dem Besuch Ulbrichts statt. Dem Präsidenten scheint vorzuschweben, daß er noch mäßigend auf Nasser einwirken kann, um wenigstens die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzuwenden, besonders hinsichtlich der nicht direkt involvierten arabischen Staa-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 278*

tenden Ausschusses" vor, der einen Vertrag über eine Europäische Politische Union ausarbeiten sollte. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 18.

<sup>11</sup> Zum Vietnam-Konflikt vgl. zuletzt Dok. 60, Anm. 31.

<sup>1</sup> Abdesselam Ben Ayed.

<sup>2</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 59. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Dok. 39.

<sup>4</sup> Der Staatsbesuch des tunesischen Präsidenten in der VAR fand vom 16. bis 22. Februar 1965 statt. Zum gemeinsamen ägyptisch-tunesischen Kommuniqué, in dem die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel als „provokatorischer Akt“ bezeichnet werden, vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 60.

ten.<sup>5</sup> Hierzu bedarf er aber, wie der Botschafter mir sagte, handfester Argumente hinsichtlich

1) unserer Waffenlieferungen an Israel und

2) unserer entwicklungspolitischen Absichten in dem arabischen Raum außerhalb der VAR.

Ich habe den Botschafter gemäß den vorliegenden Sprachregelungen<sup>6</sup> so gründlich und eingehend als möglich über die Lage ins Bild gesetzt und ihm auch zu verstehen gegeben, daß wir erwägen, auf entwicklungspolitischem Gebiet weniger als bisher die unsicheren Kandidaten à la Nasser zu bedenken, sondern in erster Linie unsere zuverlässigen Freunde. Ich könnte ihm nichts Konkretes hierüber sagen, glaubte aber, daß ein solches Umdenken unsererseits einem Lande wie Tunesien und einigen anderen arabischen Ländern nur Vorteile bringen könnte.<sup>7</sup>

Ich bat den Botschafter, dem Präsidenten Bourguiba auch sehr eindringlich vor Augen zu führen, welches die Konsequenzen wären, wenn die Bundesrepublik auf Grund einer Kurzschlußreaktion der arabischen Staaten aus dem Nahen Osten herausmanövriert würde. Hieran könnten nur zwei Staaten ein Interesse haben, nämlich die Sowjetunion und Israel. Im deutschen wie im arabischen Interesse läge es vielmehr, wenn der durch die Ulbricht-Einladung und das Nassersche Ultimatum<sup>8</sup> entstandene unvermeidliche Schaden ausschließlich auf das deutsch-ägyptische Verhältnis beschränkt bliebe.

Ich habe dem Botschafter ferner versprochen, mich dafür einzusetzen, daß er noch vor seiner Abreise nach Tunis von dem Herrn Staatssekretär zu einem Informationsgespräch empfangen wird. Inzwischen ist von dem Herrn Staatssekretär als Termin Freitag, der 12. Februar 8.30 Uhr morgens<sup>9</sup>, zugesagt worden. Hiermit über Herrn D I<sup>10</sup> dem Herrn Staatssekretär<sup>11</sup> vorgelegt.

Alexander Böker

VS-Bd. 2637 (I B 4)

<sup>5</sup> Botschafter Tannstein, Tunis, berichtete am 5. Februar 1965, daß die tunesische Regierung Verständnis für die Haltung der Bundesregierung gegenüber der „Provoizierung“ durch Präsident Nasser gezeigt und zugesichert habe, daß sie „niemals eine solche Einladung Ulbrichts vornehmen und keine ähnliche Schaukelstuhl-Politik mit Erpressung“ betreiben werde. Präsident Bourguiba habe die Bundesregierung wiederholt davor gewarnt, „dieser Erpressungspolitik nachzugeben, anstatt die wirklichen Freunde von den reinen Profiteuren zu scheiden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 17; VS-Bd. 3566 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> So bekräftigte beispielsweise Staatssekretär Carstens am 29. Januar 1965, daß die Bundesregierung die Wirtschaftshilfe an die arabischen Staaten fortsetzen wolle. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 360; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. dazu auch den Runderlaß Nr. 448 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer vom 3. Februar 1965, mit dem der Inhalt des Drahtberichts Nr. 37 aus Algier vom 2. Februar 1965 den Botschaften im Nahen und Mittleren Osten sowie der Botschaft in Paris übermittelt wurde. Zum Drahtbericht des Botschafters Zapp, Algier, vgl. Dok. 52, Anm. 5.

<sup>7</sup> Zu einer möglichen Umverteilung der ursprünglich für die VAR vorgesehenen Wirtschaftshilfe vgl. auch Dok. 61, Anm. 8.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 61.

<sup>9</sup> Zum Ergebnis des Gesprächs des Staatssekretärs Carstens mit dem tunesischen Botschafter Ben Ayed vom 12. Februar 1965 vgl. VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär).

<sup>10</sup> Hat Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg am 9. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>11</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 10. Februar 1965 vorgelegen.

### Botschafter Knapstein, Washington, an Bundesminister Schröder

Z B 6-1-1243/65 geheim  
Fernschreiben Nr. 438  
Citissime

Aufgabe: 9. Februar 1965, 19.30 Uhr  
Ankunft: 10. Februar 1965, 02.05 Uhr

Für Staatssekretär<sup>1</sup> und Bundesminister<sup>2</sup>

Betr.: Brief des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Johnson<sup>3</sup>  
hier: Mein Gespräch mit dem Präsidenten am 9.2.65

Bezug: Drahtbericht 385 vom 5.2.65 geheim<sup>4</sup>  
Drahterlaß 132 vom 8.2.65 geheim<sup>5</sup>

I. Der Präsident hat mich heute um 11.30 Uhr zu einer halbstündigen Unterredung empfangen, über die ich anschließend berichte. Außer Tyler nahm nur einer meiner Mitarbeiter an dem Gespräch teil.

Der Präsident legte unverkennbar Wert darauf, diesen Besuch auch öffentlich als eine Geste amerikanisch-deutscher Freundschaft und persönlicher Verbundenheit mit dem Herrn Bundeskanzler erscheinen zu lassen. Dies drückte sich in der Zulassung einer großen Zahl von Pressefotografen aus, denen am Ende des Gesprächs reichlich Zeit für Aufnahmen gelassen wurde, sowie in einer Presseerklärung, die der Präsident anschließend verlesen ließ und die ich im Anhang folgen lasse. Die Erklärung wurde während eines kurzen Presse-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 9. Februar 1965 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Krapf verfügte.

Hat Krapf am 10. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat in einer weiteren Ausfertigung Bundesminister Schröder vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>3</sup> Am 4. Februar 1965 gratulierte der Bundeskanzler Präsident Johnson zu dessen Amtseinführung. Darüber hinaus teilte er mit, aus den Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle vom 19./20. Januar 1965 den Eindruck gewonnen zu haben, „daß wir auf gutem Wege sind, in entscheidenden Fragen des westlichen Bündnisses eine wieder festere Grundlage zu finden“. Erhard fuhr fort: „Mit besonderer Genugtuung haben mich die sehr positiven Äußerungen des französischen Staatspräsidenten zur Wiedervereinigung Deutschlands erfüllt sowie die Bereitschaft der französischen Regierung, auf der Ebene der Westmächte gemeinsam mit der Bundesrepublik das deutsche Problem zu erörtern und zu prüfen, ob und in welcher Weise die Sowjetunion bereit sein könnte, in allen das geteilte Deutschland betreffenden Fragen auf der Vier-Mächte-Basis Fortschritte oder Lösungen zu finden.“ Zudem habe sich Frankreich zum Bündnis mit den USA bekannt und „stehe treu zur westlichen Allianz“. Vgl. VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Botschafter Knapstein, Washington, berichtete von der Übermittlung des Schreibens des Bundeskanzlers Erhard vom 4. Februar 1965 an den amerikanischen Präsidenten. Ferner teilte er mit, daß ihn Johnson am 9. Februar 1965 empfangen werde, und bat um Instruktionen für dieses Gespräch, insbesondere „um eine gegebenenfalls vertrauliche Sprachregelung über die Reaktion der Bundesregierung auf die Pressekonferenz de Gaulles“. Vgl. VS-Bd. 431 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>5</sup> Für die Instruktionen, die Staatssekretär Carstens für das Gespräch vom 9. Februar 1965 übermittelte, vgl. VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965. Für Auszüge vgl. Anm. 17, 18 und 22.

Briefings<sup>6</sup> verlesen, um das mich der Präsident im Anschluß an die Unterhaltung (im Arbeitszimmer des Sprechers des Weißen Hauses<sup>7</sup>) gebeten hatte.

Der Akzent, den der Präsident dem Gespräch geben wollte, drückt sich auch in dessen Inhalt aus, der sowohl in bezug auf die deutsche Frage als auch hinsichtlich der Verbundenheit mit dem Herrn Bundeskanzler sehr positiv zu bewerten ist.

II. Ich dankte zunächst für den Empfang zu einem Zeitpunkt, in dem der Präsident besonders dringende andere Sorgen habe und leitete das Gespräch (gemäß Drahterlaß Nr. 132 vom 8.2. geheim) mit der währungspolitischen Frage ein.<sup>8</sup> Ich wies darauf hin, daß die Äußerungen General de Gaulles zu diesem Thema<sup>9</sup> weder mit uns abgesprochen noch uns vorher bekannt gewesen seien und daß die Bundesregierung auf dem Standpunkt stehe, daß alle diese Fragen nur unter voller Beteiligung der amerikanischen und britischen Regierung erörtert werden könnten.

Ich bemerkte weiter, daß amerikanische Investitionen bei uns im Prinzip willkommen seien, weil sie dazu beitrügen, eine feste Verbindung zwischen beiden Ländern zu schaffen. Dennoch gebe es auch in Deutschland besorgte Stimmen über das starke Anwachsen der amerikanischen Kapital-Investitionen.<sup>10</sup> Es sei wenig befriedigend, daß einerseits ein starker Kapitalexport aus den USA stattfinde, während wir uns andererseits verpflichtet sähen, Maßnahmen zu ergreifen, um das amerikanische Zahlungsbilanz-Defizit teilweise wieder zu decken, wie etwa durch Offset-Käufe<sup>11</sup> usw. Ich führte den Aufkauf der britischen Ford-Company für 1 Milliarde Dollars durch die amerikanische Ford-Company als Beispiel an. Ich wies darauf hin, daß Maßnahmen erforderlich erschienen, um gerade den privaten Kapitalausfluß aus den USA unter Kontrolle zu halten.

Der Präsident hörte meine Ausführungen aufmerksam an, nahm aber keine Stellung dazu.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Artikel „Johnson Reassures Bonn Ambassador of Stand on Unity“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39 099 vom 10. Februar 1965, S. 1 und 3.

<sup>7</sup> George Reedy.

<sup>8</sup> Gemäß der Weisung des Staatssekretärs Carstens sollte Botschafter Knappstein, Washington, gegenüber Präsident Johnson darlegen, daß die währungspolitischen Ausführungen in der Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle „ohne jede Abstimmung“ mit der Bundesregierung erfolgt seien. Allerdings gebe es auch in der Bundesrepublik Stimmen, „die die zunehmende Tendenz amerikanischer Kapitalinvestitionen in Europa mit Besorgnis registrierten. Die Amerikaner müßten sich darüber im klaren sein, daß auch aus unserer Sicht eine Situation als unbefriedigend beurteilt werden müßte, in der die Amerikaner einerseits einen starken Kapitalexport trieben und wir andererseits genötigt seien, Maßnahmen zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz zu ergreifen. Die bisher von den Amerikanern getroffenen Entscheidungen, die den Goldabfluß abfangen sollten, erschienen uns nicht ausreichend.“ Vgl. Drahterlaß Nr. 132 vom 8. Februar 1965; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>9</sup> Zu den währungspolitischen Ausführungen vom 4. Februar 1965 vgl. Dok. 60, Anm. 23.

<sup>10</sup> Vgl. dazu beispielsweise die Äußerungen des Vorstandsmitglieds der Deutschen Bank, Abs, vom 5. Februar 1965; Dok. 60, Anm. 26.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichsabkommens vom 11. Mai 1964 vgl. VS-Bd. 5052 (III A 5); B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 689 f.

Anschließend ging ich auf die deutsche Frage über und wiederholte den Dank der Bundesregierung für die Ausführungen des Präsidenten in der Rede vor der Georgetown University<sup>12</sup>, für die Erwähnung der deutschen Frage in der State of the Union Message<sup>13</sup> und für die Erklärung des State Department vom 5. Februar<sup>14</sup> zur gleichen Frage. Ich wies darauf hin, daß die Bundesregierung befriedigt und dankbar darüber sei, daß auch General de Gaulle in seiner Pressekonferenz die Notwendigkeit, die deutsche Frage zu lösen, um zu einer normalen Situation in Europa zu kommen, anerkannt und betont habe.<sup>15</sup>

Der Präsident unterbrach an dieser Stelle und bemerkte, daß General de Gaulle anscheinend eine abweichende Auffassung habe und glaube, daß man das Problem allein unter Europäern lösen solle.<sup>16</sup> Wenn es Aspekte geben sollte, die die Europäer unter sich diskutieren wollten, dann sollten sie es nur tun. Man werde sich nicht aufdrängen, und man werde mit Vergnügen anhören, was die Europäer zu sagen hätten. – Diese Sätze waren mit einer gewissen Ironie im Hinblick auf Frankreich ausgesprochen. Sie waren aber nicht so zu verstehen, als wären die Vereinigten Staaten ernsthaft bereit, sich an dem Problem zu desinteressieren.

Der Präsident fuhr fort, daß ihm der Bundeskanzler nahestehe und daß er gewillt sei, ihn gerade in dieser Frage zu unterstützen. Er habe die deutsche Frage in seinen Reden absichtlich immer wieder herausgestellt. Wenn er alle anderen Länder in der gleichen Weise in seinen Reden hätte erwähnen wollen, dann wäre er heute noch nicht ganz fertig damit.

Ich erläuterte dann gemäß Drahterlaß die Einstellung der Bundesregierung zur Frage der Vier-Mächte-Verantwortung.<sup>17</sup> Ich wies darauf hin, daß der Bundeskanzler diesen Punkt gegenüber General de Gaulle in Rambouillet nachdrücklich betont habe<sup>18</sup>, und erinnerte daran, daß auch der General die Vier-Mächte-Verantwortung keineswegs bestreite. In diesem Sinne sei ja auch eine

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 3, Anm. 33.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 6.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 60, Anm. 8.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dok. 62, Anm. 2.

<sup>16</sup> Der französische Staatspräsident führte dazu am 4. Februar 1965 aus: „Le problème allemand est, par excellence, le problème européen. [...] Ce qu'il faut faire ne pourra être fait, un jour, que par l'entente et l'action conjuguée des peuples qui ont toujours été, qui sont et qui resteront principalement intéressés au sort du voisin germanique, bref, les peuples européens. Que ceux-ci envisagent, d'abord d'examiner ensemble, ensuite de régler en commun, enfin de garantir conjointement, la solution d'une question qui est essentiellement celle de leur continent.“ Als Voraussetzung für eine Überwindung der Teilung nannte de Gaulle eine veränderte Haltung der UdSSR, die den osteuropäischen Staaten mehr Freiraum gewähren müßte, und die Bereitschaft der Bundesrepublik, im Rahmen einer Wiedervereinigung auch eine Regelung der Grenzfrage zu akzeptieren. Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 338 und 341.

<sup>17</sup> Dazu teilte Staatssekretär Carstens Botschafter Knapstein, Washington, mit: „Was die politischen Darlegungen de Gaulles betrifft, so entsprechen sie zum erheblichen Teil den Erklärungen, die de Gaulle in Rambouillet abgegeben hat. Der Herr Bundeskanzler hat sich jedoch nicht mit ihnen identifiziert; er hat insbesondere gegenüber dem de Gaulle'schen Konzept, daß die Deutschland-Frage ein vorwiegend europäisches Problem sei, auf die Vier-Mächte-Verantwortung hingewiesen und damit die Rolle unterstrichen, die nach unserer Auffassung notwendigerweise die Vereinigten Staaten bei der Lösung dieses Problems spielen müßten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 132 vom 8. Februar 1965; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>18</sup> Für das Gespräch vom 19. Januar 1965 vgl. Dok. 22.

klärende Verlautbarung des Quai d'Orsay im Anschluß an die Pressekonferenz ausgegeben worden.<sup>19</sup>

Der Präsident kam im Verlauf der Unterhaltung wiederholt auf die deutsche Frage zurück und betonte mehrfach, daß er den Willen der Deutschen zur Wiedervereinigung stark unterstütze. Er sei bereit, in konstruktiver Weise jeden Vorschlag aufzunehmen, der dazu gemacht würde. Während der letzten Wochen sei durch Pressekommentare eine gewisse Verwirrung in diese Frage gekommen. (Anspielung auf die Pressediskussion um die Jahreswende).<sup>20</sup> Er erkläre deshalb ausdrücklich seine Bereitschaft, mit den Alliierten in Richtung auf eine Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Er sei bereit, einem Gespräch unter den vier westlichen Regierungen zu jeder Zeit zuzustimmen, zu der dies von deutscher Seite vorgeschlagen werde. Im übrigen sei er grundsätzlich bereit, sich mit dem Bundeskanzler persönlich in Verbindung zu setzen, wann immer dies nötig erscheine. Für seinen geplanten Besuch in Europa<sup>21</sup> sehe er einem umfassenden Meinungsaustausch mit dem Bundeskanzler mit Vergnügen entgegen (looking forward to a full exchange of views).

Da das Gespräch die Gelegenheit hierzu bot, brachte ich dann die Sprache auf die MLF und brachte den unveränderten Willen der Bundesregierung zum Ausdruck, das Projekt einer atlantischen multilateralen Nuklearmacht weiter zu verfolgen. Die Nuklearfrage in der Allianz müsse früher oder später gelöst werden, um zu verhindern, daß der Abstand zwischen den Nuklear- und den Nichtnuklearmächten noch weiter wachse. Leider habe es den Anschein, als sei von amerikanischer Seite seit Mitte Dezember etwas zu viel Druck aus dieser Frage herausgenommen worden. Hierüber sei man bei uns beunruhigt und man befürchte, daß die USA nicht mehr in gleichem Maße an dem Projekt interessiert seien wie vorher. Es erscheine uns fraglich, ob sich die Europäer ohne ein gewisses Maß von aktivem Eintreten der USA in absehbarer Zeit einigen könnten.<sup>22</sup>

Der Präsident erwiderte, man sei offensichtlich der Meinung, er habe Wilson nicht hart genug zugesetzt<sup>23</sup> („have not shaken Wilson long enough“). So sei es indessen nicht. Er habe in keiner Weise einen Mangel an Interesse an dem

<sup>19</sup> Zur Erklärung des französischen Außenministeriums vom 5. Februar 1965 vgl. Dok. 62, Anm. 3.

<sup>20</sup> Zur Diskussion um das „Hintergrund-Pressegespräch“ des amerikanischen Außenministers Rusk vom 30. Dezember 1964 vgl. Dok. 3, besonders Anm. 10, 26 und 27.

<sup>21</sup> Zum geplanten Besuch des amerikanischen Präsidenten in Europa vgl. Dok. 12, Anm. 17.

<sup>22</sup> Zu diesem Punkt übermittelte Staatssekretär Carstens am 8. Februar 1965 die folgenden Instruktionen: „Wenn Sie Gelegenheit dazu haben, das Gespräch weiter zu führen, so sollten Sie dem Präsidenten unsere Enttäuschung über das amerikanische Verhalten in der MLF-Frage nicht verhehlen. Wir hätten das deutliche Empfinden, daß die Vereinigten Staaten seit Dezember 1964 nur noch ein geringes Interesse an diesem Projekt zeigten. [...] Wenn der Präsident auf die neuen englischen ANF-Vorschläge verweisen sollte, sollten Sie erwidern, daß diese Vorschläge von uns selbstverständlich gründlich geprüft würden und daß es notwendig sei, mit den Engländern darüber zu sprechen. Es komme aber nach unserer Auffassung entscheidend darauf an, wie sich die amerikanische Regierung verhielte und wieweit sie sich weiterhin für das Projekt in seiner ursprünglichen Gestalt einzusetzen bereit sei.“ Vgl. den Drahterlaß 132; VS-Bd. 8477 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>23</sup> Der britische Premierminister hielt sich vom 7. bis 9. Dezember 1964 in Washington auf. Für die gemeinsame Erklärung von Wilson und Präsident Johnson vom 8. Dezember 1964 zu Fragen der nuklearen Verteidigung vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1963/64, S. 1649 f.

Projekt<sup>24</sup> gezeigt, sondern sei in der Einwirkung auf den britischen Premierminister so weit gegangen wie es überhaupt möglich gewesen sei („went as far as the man's dignity permitted“). Es habe aber auf der britischen Seite der Eindruck bestanden, daß in Wirklichkeit die Vereinigten Staaten Druck auf die Bundesrepublik ausübten, die MLF zu akzeptieren, und daß diese nicht so sehr ein eigener Wunsch der Deutschen sei.

Er habe dem widersprochen und Wilson aufgefordert, nach Bonn zu gehen, um sich selbst davon zu überzeugen, daß es nicht so sei. Er habe klar zum Ausdruck gebracht, daß dieses Projekt das beste Mittel sei, einerseits Großbritannien von seinem nationalen Deterrent zu befreien<sup>25</sup>, woran ja angesichts der Schwierigkeiten, die der Premierminister mit seiner geringen Mehrheit und seinen wirtschaftlichen Problemen<sup>26</sup> habe, ein englisches Interesse bestehe. Andererseits müsse man einen Weg finden, der den Deutschen eine Teilnahme gestatte, ohne daß sie eine eigene Nuklearrüstung entwickelten. Er habe Wilson gesagt, daß er sich mit den Deutschen und den anderen Europäern (erwähnt wurden die Italiener) einigen solle und dann zurückkommen solle. Er habe ihm gesagt, „je schneller ihr euch einigen könnt, desto besser erscheint es uns“. Hierin liege weder eine Erweiterung noch eine Zurücknahme der amerikanischen Position (no advancement and no retreat).

Eines habe er allerdings getan: er habe etwa 30 undersecretaries in den zuständigen Ministerien, die sich mit der Frage befaßt und auf eine Lösung gedrängt hätten, „running around and pushing people“.<sup>27</sup> Das liebten die Leute aber nicht, und so habe er angeordnet, man solle damit Schluß machen und die anderen (die Europäer) selber die Sache ausdiskutieren lassen.

In der Frage der MLF sei es nun am Bundeskanzler und am britischen Premierminister, den nächsten Zug zu tun.

Der Präsident bemerkte schließlich, daß er den Optimismus, den der Bundeskanzler in seinem Brief hinsichtlich der europäischen Einigung und der atlantischen Allianz zeige, mit Befriedigung registriere. Er ließ bei dieser Bemerkung jedoch eine gewisse Skepsis durchblicken.

Nach Schluß des Gesprächs hielt mich der Präsident allein zurück und bat mich dann in sehr persönlicher Form, den Herrn Bundeskanzler gerade in dieser Zeit seiner Sympathie und Freundschaft zu versichern. Er werde ihn weiterhin über alle Deutschland betreffenden Gespräche mit anderen Staatsmännern immer sofort und genau unterrichten und bitte ihn, es ebenso zu halten.

III. Im Anschluß an meinen Besuch gab der Präsident folgende Presseerklärung ab:

„Ambassador Knappstein and I have had a good talk this morning. He delivered a message from chancellor Erhard which reaffirmed the deep community of interest between the Federal Republic and the United States. I told the

<sup>24</sup> Zum britischen Vorschlag einer ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12.

<sup>25</sup> Vgl. dazu auch Dok. 49, Anm. 10.

<sup>26</sup> Zum britischen Handelsbilanzdefizit vgl. Dok. 31. Vgl. dazu auch die internationalen Stützungsmaßnahmen für das Pfund Sterling; Dok. 17, Anm. 20.

<sup>27</sup> Zur Auflösung des MLF-Arbeitsstabes im amerikanischen Außenministerium vgl. Dok. 49, Anm. 16.

ambassador of the full and continuing support of the United States for serious progress toward the reunification of Germany, and I expressed my clear agreement with chancellor Erhard that the struggle for the reunification of Germany requires the interest and active participation of all of the responsible powers."<sup>28</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 431 (Büro Staatssekretär)

## 65

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 339/65 geheim

10. Februar 1965<sup>1</sup>

Botschafter Shinnar suchte mich am 10. Februar 1965 um 10.40 Uhr auf. Ich führte mit ihm ein etwa eineinhalbstündiges Gespräch.

Botschafter Shinnar führte aus:

Am Montag, dem 8. Februar 1965, habe in Israel eine Besprechung unter Vorsitz von Ministerpräsident Eshkol stattgefunden, an der die Außenministerin Frau Golda Meir und andere Persönlichkeiten teilgenommen hätten. Die Lage sei dort sehr ernst und gründlich, und er wolle mir auch nicht verschweigen, in einer etwas gespannten Atmosphäre erörtert worden. Das Ergebnis sei folgendes:

Die israelische Regierung sehe keine Möglichkeit, auf unseren Vorschlag einer Modifizierung der getroffenen Abreden über Waffenlieferungen<sup>2</sup> einzugehen. Sie brauche die noch nicht ausgelieferten Dinge dringend, andernfalls werde eine Lücke in der Planung entstehen, die nicht zu schließen wäre. Wenn wir Wert darauf legten, wäre die israelische Seite einverstanden, die vereinbarten Panzerlieferungen<sup>3</sup> schneller abzuwickeln als vorgesehen.

Sodann führte Herr Shinnar eingehend aus, wie die israelische Seite die Lage sähe. (Ich gebe diesen Teil des Gesprächs nur in Stichworten wieder.)

In der VAR befänden sich 5000 sowjetische Inspektoren. Nasser habe 1,2 Milliarden DM von Schelepin<sup>4</sup>, 300 Millionen DM von Ulbricht<sup>5</sup> erhalten. Die Einladung Ulbrichts sei der Preis, den er dafür zahle. Zu einer Anerkennung der

<sup>28</sup> Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1965, S. 169.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 57.

<sup>3</sup> Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR vom 22. bis 29. Dezember 1964 in der VAR vgl. Dok. 10, Anm. 8.

<sup>5</sup> Zur wirtschaftlichen Unterstützung der VAR durch die DDR vgl. Dok. 116, Anm. 26.



„DDR“ werde es nicht kommen, dafür sei die Bundesrepublik Deutschland Nasser zu wichtig. In der VAR befände sich ein regelrechtes Waffenlager der Sowjetunion, das weit über die ägyptischen Bedürfnisse hinausgehe. Es sei offenkundig, daß die Sowjetunion von hier aus eines Tages den ganzen Nahen Osten militärisch durchdringen wolle. Nasser sei in einer verzweifelten Lage. Der Krieg im Jemen<sup>6</sup> zehre an ihm. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage seines Landes sei sehr schlecht. Dies seien die wahren Hintergründe für die Einladung Ulbrichts. Die deutschen Waffenlieferungen an Israel seien nur ein vorgeschobener Grund.

Zum israelisch-arabischen Verhältnis:

Nasser habe immer wieder erklärt, Israel vernichten zu wollen. Niemals würde Israel seine Nachbarstaaten angreifen. Eines allerdings müsse er ganz klar sagen: Wenn 2 km von der israelischen Grenze entfernt das Jordanwasser abgegraben werden würde, so könne Israel dies unter keinen Umständen hinnehmen.<sup>7</sup> Dies sagte der Botschafter zweimal.

Abschließend kam der Botschafter auf die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Israel zurück und sagte, was die künftige Entwicklung anlange, so solle man bitte alles offen lassen bis zu dem Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Ministerpräsident Eshkol.<sup>8</sup> So sei es ja auch mit dem Herrn Bundeskanzler vereinbart.

Ich antwortete, ich sei tief enttäuscht über die Mitteilung, die mir der Botschafter machte.

Sodann legte ich die deutsche Lage dar und schilderte, in welche Schwierigkeiten wir geraten seien. Unsere Deutschland-Politik im Nahen Osten und darüber hinaus in anderen Teilen der Welt gerate in schwere Gefahr. Es sei müßig, darüber zu streiten, ob die deutschen Waffenlieferungen an Israel die einzige oder wichtigste Ursache dieser Entwicklung seien; ein willkommener Vorwand seien sie in jedem Falle, und ihn gelte es zu beseitigen.

Zwischen uns und Israel sei vereinbart worden, daß die Waffenlieferungen streng geheim behandelt werden müßten. Jetzt seien sie öffentlich bekannt geworden.<sup>9</sup> Dadurch habe sich die Basis grundlegend verändert.

Ich könnte die Antwort, die mir Herr Shinnar gegeben habe, nicht hinnehmen, und wir würden darauf bestehen müssen, das Gespräch fortzusetzen. An eine schnellere Abwicklung der Panzerlieferungen sei überhaupt nicht zu denken, eher glaubte ich, daß man die Waffenlieferungen zunächst einmal unterbrechen und die weitere Entwicklung abwarten sollte. Der Botschafter habe selbst auf die großen Schwierigkeiten Nassers hingewiesen. Es sei doch wohl ausgeschlossen, daß ein ägyptischer Angriff auf Israel unmittelbar bevorstände.

<sup>6</sup> Nach dem Sturz der Monarchie im September 1962 brach im Jemen (später: Arabische Republik Jemen) ein Bürgerkrieg aus. Um die neue Regierung des Präsidenten Sallal zu unterstützen, entsandte die ägyptische Regierung Truppen in den Jemen.

<sup>7</sup> Zum israelisch-arabischen Streit um das Jordanwasser vgl. Dok. 51, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zu den Überlegungen für ein Treffen der beiden Regierungschefs vgl. AAPD 1964, II, Dok. 312.

<sup>9</sup> Zum Bekanntwerden der geheimen Waffenlieferungen an Israel vgl. Dok. 1, Anm. 3.

Was die zukünftige Entwicklung beträfe, so müsse ich den Botschafter in aller Fairness darauf hinweisen, daß zwar die Bundesregierung dem Gedanken ablehnend gegenüberstände, die Frage von Waffenlieferungen durch ein Gesetz zu regeln, daß aber andererseits sehr starke Kräfte im Parlament und auch innerhalb der Regierung die strikte Befolgung des Grundsatzes, in Spannungsgebiete keine Waffen zu liefern, forderten.<sup>10</sup> Hierbei habe man keineswegs nur den Israel-Komplex im Auge, sondern auch Waffenlieferungen an andere Länder, die uns in letzter Zeit beträchtliche Sorge bereitet hätten.

Botschafter Shinnar ging auf meine Bemerkung über die Unterbrechung der Waffenlieferungen an Israel ein und sagte, ein derartiger Beschluß sei nicht notwendig. Nach dem vorgesehenen Zeitplan würden bis Anfang März ohnehin keine neuen Waffen ausgeliefert werden. Bis dahin sei der Ulbricht-Besuch<sup>11</sup> vorbei. Der Botschafter räumte zwar ein, daß auch nach israelischer Auffassung für die nächsten ein bis zwei Jahre mit einem ägyptischen Angriff auf Israel nicht zu rechnen sei, bestand aber dann nochmals nachdrücklich auf genauer Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

Ich wiederholte, daß wir uns mit dieser Auffassung der israelischen Regierung aus den geschilderten Gründen nicht zufrieden geben könnten.

Sodann bat Botschafter Shinnar mich, ihm zu bestätigen, daß die Bundesregierung in dieser Frage keinerlei Entscheidungen treffen oder Verlautbarungen herausgeben würde, ohne sich mit der israelischen Seite verständigt zu haben.

Ich erklärte, diese Bitte könne ich nicht erfüllen. Ich könne unter keinen Umständen neue oder zusätzliche Bindungen für die Bundesregierung eingehen, aber selbstverständlich würden wir in dieser Frage im Gespräch miteinander bleiben.

Botschafter Shinnar bat weiter darum, daß wir die Waffenlieferungen an Israel nicht öffentlich bestätigen möchten. Ich antwortete, dies sei in der Tat unsere Politik.

Im Verlauf des Gesprächs berührte Botschafter Shinnar noch zwei weitere Punkte. Er erklärte einmal, daß das Treffen Bundeskanzler – Eshkol nach israelischer Auffassung bald zustande kommen sollte.<sup>12</sup> Als Termin nannte der Botschafter Anfang März.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard vom 3. Februar 1965; Dok. 57, Anm. 2. Zur Bekanntgabe dieser Entscheidung durch den Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vgl. Dok. 70, Anm. 19.

<sup>11</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 59. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>12</sup> Am 29. Januar 1965 teilte der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, mit, er sei aufgrund einer Unterrichtung durch Ministerpräsident Eshkol in der Lage zu versichern, „daß ein solches Gespräch nicht an irgendwelche Bedingungen geknüpft sei. [...] Ob bei dem vorgesehenen Gespräch die Frage diplomatischer Beziehungen überhaupt angesprochen werden solle, hänge ganz vom Herrn Bundeskanzler ab.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 1. Februar 1965; VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965. Zum Scheitern des geplanten Treffens vgl. den Artikel „Eshkol sagt das Treffen mit Erhard ab“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 36 vom 12. Februar 1965, S. 1.

Ferner berührte der Botschafter die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Hierzu erklärte er, daß Israel nicht dränge. Es sei unsere Sache, die Initiative zu ergreifen. Falls wir einen entsprechenden Vorschlag machten, würde er in Israel sorgfältig geprüft, und sodann würde unter Berücksichtigung der gesamten Umstände darüber entschieden werden. Zu einer derartigen Entscheidung bestehe im Augenblick kein Anlaß.<sup>13</sup> Wenn gesagt worden sei, daß Frau Golda Meir grundsätzlich gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei, so sei dies unrichtig. Auch Frau Meir würde die Frage im Lichte der bestehenden Lage prüfen und entscheiden, sobald unsererseits ein entsprechender Schritt unternommen würde.

Ich verhielt mich zu diesen beiden Punkten rein rezeptiv.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>14</sup> vorgelegt mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers.

gez. Carstens

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

## 66

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf

II 4-82.06/94.29-198/65 VS-vertraulich

10. Februar 1965

Betr.: Kreditgewährung an die Sowjetunion

Unter den gegenwärtigen Umständen dürfte eine deutsche Bereitschaft zu Kreditgewährungen<sup>1</sup> eines der wenigen, wenn nicht sogar das einzige Verhandlungsobjekt sein, das die Sowjets an Wirtschaftsverhandlungen<sup>2</sup> interessieren könnte. Nach Auffassung von Abteilung II sollte daher der Versuch gemacht werden, bei etwaigen Kreditgesprächen mit den Sowjets auch politische

<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang machte der Leiter der Israel-Mission, Shinnar, Bundesminister Westrick am 29. Januar 1965 darauf aufmerksam, daß nur eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel diskutabel sei. Shinnar führte aus: „Da Deutschland seinerzeit akzeptiert habe, daß die Einrichtung eines Generalkonsulats der SBZ in Kairo keine Anerkennung darstelle, würde durch den Vorschlag zur Errichtung eines Generalkonsulats in Israel nur indirekt die These Nassers von uns bestätigt, daß Israel als Staat nicht existiere. Dann solle man besser warten, bis der richtige Zeitpunkt für eine wirkliche Normalisierung der offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gekommen sei.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 1. Februar 1965; VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. dazu auch die Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard vom 28. Januar 1965, diplomatische Beziehungen zu Israel nicht vor den Bundestagswahlen am 19. September 1965 aufzunehmen; Dok. 39, Anm. 18.

<sup>14</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>1</sup> Die UdSSR erhielt keine Hermes-Kredite der Bundesregierung. Vgl. dazu die Aufzeichnung der Legationsrätin I. Klasse Rheker vom 4. Januar 1965; VS-Bd. 3140 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>2</sup> Zu den Wirtschaftsverhandlungen vgl. Dok. 18. Vgl. dazu weiter Dok. 164.

Gegenkonzessionen zu erreichen. Es dürfte allerdings aussichtslos sein, für eine deutsche Bereitschaft, die Regeln der Berner Union<sup>3</sup> (Kreditgewährung bis zu fünf Jahren und im Einzelfall Zulassung eines Matching) auch auf die Sowjetunion anzuwenden, politische Konzessionen wie etwa die Beseitigung der Berliner Mauer oder gar ein Entgegenkommen in der Wiedervereinigungsfrage zu erreichen.<sup>4</sup> Dagegen sollte nach Auffassung von Abteilung II versucht werden, den Sowjets klar zu machen, daß wir bei einer Aufgabe unserer bisherigen restriktiven Kreditpolitik ein sowjetisches Entgegenkommen bei der Vereinbarung einer Berlin-Klausel erwarten. Darüber hinaus benennt Abteilung II nachstehende deutsche Beschwerdepunkte, die bei etwaigen Kreditgesprächen mit den Sowjets ggf. vorgebracht werden könnten:

Repatriierung (es stehen noch 10000 Rückführungsberechtigte aus den Absprachen vom 8. April 1958<sup>5</sup> und 25000 Fälle engster Familienzusammenführung aus)<sup>6</sup>;

Sperrung des Kontos der Rubelersparnisse deutscher Repatrianden (2,55 Mio. DM)<sup>7</sup>;

Freilassung der inhaftierten deutschen Studenten Naumann und Sonntag<sup>8</sup>;

<sup>3</sup> 1934 schlossen sich 18 private und öffentliche Kreditversicherungsanstalten aus 16, zumeist westeuropäischen Staaten zur Berner Union zusammen. Ziel des Zusammenschlusses war der Austausch von Informationen über Schuldnerstaaten. Im Januar 1961 wurde festgelegt, daß die Laufzeit von verbürgten Krediten fünf Jahre nicht übersteigen sollte. Dieser Grundsatz war jedoch für die Regierungen der Mitgliedstaaten nicht bindend. Darüber hinaus einigten sich im Oktober 1962 die sechs EWG-Staaten, die alle der Berner Union angehörten, daß an Ostblock-Staaten nur in Ausnahmefällen Exportkredite mit einer längeren Laufzeit als fünf Jahren vergeben werden sollten.

<sup>4</sup> Mit Aufzeichnung vom 13. Januar 1965 empfahl Staatssekretär Lahr, im Falle einer Kreditgewährung für die UdSSR eine Laufzeit von fünf Jahren nicht zu überschreiten, sich allerdings die Möglichkeit vorzubehalten, auch „weitergehende Konkurrenzangebote“ zu unterbreiten. Er räumte jedoch ein, daß diese „neue Politik keinen großen Verhandlungswert“ im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen darstellen würde. Vgl. VS-Bd. 438 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Zur Vergabe von Krediten an die UdSSR vgl. Dok. 95.

<sup>5</sup> Für die Vereinbarung mit der UdSSR über die Repatriierung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit vgl. BULLETIN 1958, S. 630.

<sup>6</sup> Am 22. Juni 1964 überreichte Staatssekretär Carstens dem sowjetischen Botschafter Smirnow drei Bände einer vom Roten Kreuz erstellten Sammlung von Unterlagen, in denen jeweils 1000 Namen von Repatrianden aufgelistet waren. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 176.

<sup>7</sup> Gemäß der Repatriierungsvereinbarung vom 8. April 1958 konnten die Aussiedler aus der UdSSR ersparte Rubelvermögen in voller Höhe transferieren. Am 1. Dezember 1959 untersagte die sowjetische Regierung jedoch diesen Transfer bis auf einen Betrag von 1000 Rubel pro Person. Daraufhin nahm die Botschaft der Bundesrepublik in Moskau Ersparnisse, die den Freibetrag überstiegen, in Verwahrung. Das für diese Gelder eingerichtete Sonderkonto bei der sowjetischen Staatsbank wurde auf Anweisung der sowjetischen Regierung gesperrt. Zu den Bemühungen um eine Aufhebung dieser Sperre vgl. AAPD 1963, III, Dok. 480.

<sup>8</sup> Walter Naumann und Peter Sonntag befanden sich seit September 1961 wegen Spionagetätigkeit in sowjetischer Haft. Im Juni 1962 verständigten sich Staatssekretär Carstens und Botschafter Smirnow darauf, daß – als Gegenleistung für die Freilassung eines sowjetischen Spions – die beiden Deutschen in die Bundesrepublik zurückkehren sollten. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Carstens vom 24. Juli 1964; Büro Staatssekretär, Bd. 400. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 176. Naumann und Sonntag wurden erst im Februar 1969 im Austausch gegen den 1963 wegen Spionage für die UdSSR verurteilten ehemaligen Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, Felfe, aus der Haft entlassen. Vgl. dazu Referat II A 4, Bd. 769.

Frage deutscher Kriegsgräber in der Sowjetunion.<sup>9</sup>

Größere Kreditzusagen, die über die Regeln der Berner Union wesentlich hinausgehen, sollten nur im Zusammenhang mit fühlbaren sowjetischen politischen Konzessionen wie etwa einem Entgegenkommen in der Frage des freien Verkehrs in Berlin oder der Zusage einer sowjetischen Einwirkung auf das SBZ-Regime hinsichtlich der Gewährung größerer Freiheiten für die dortige Bevölkerung ins Auge gefaßt werden.<sup>10</sup>

Hiermit über Herrn D III<sup>11</sup> dem Herrn Staatssekretär weisungsgemäß vorgelegt.

Krapf

VS-Bd. 3119 (II A 4)

## 67

### Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1 1283/65 geheim  
Fernschreiben Nr. 221  
Cito

Aufgabe: 10. Februar 1965, 18.10 Uhr  
Ankunft: 10. Februar 1965, 18.25 Uhr

Puaux bat heute um Überlassung eines Durchdrucks des deutschen Antwortmemorandums<sup>1</sup> auf das britische Memorandum in Sachen ANF<sup>2</sup>, das der damalige britische Außenminister Gordon Walker am 11. Dezember 1964 dem Herrn Bundesminister in London übergeben habe.<sup>3</sup>

In der britischen, deutschen und französischen Presse seien zum Teil sich widersprechende Angaben über den Inhalt der deutschen Antwort erschie-

<sup>9</sup> Zu der Frage der Identifizierung und Pflege deutscher Kriegsgräber in der UdSSR vgl. weiter Dok. 363.

<sup>10</sup> In der Sitzung des Auswärtigen und des Gesamtdeutschen Ausschusses des Bundestages vom 21. Januar 1965 schlug der CSU-Abgeordnete Freiherr zu Guttenberg vor, im gemeinsamen Vorgehen mit den USA für Kreditzusagen an die UdSSR politische Gegenleistungen zu fordern. Staatssekretär Lahr stimmte grundsätzlich zu, wies jedoch auf die handelspolitische Konzessionsbereitschaft einer Reihe von westlichen Staaten hin, „denn so interessant wir und die USA für die Sowjets seien, so kämen diese letztlich auch mit Großbritannien, Frankreich, Italien, den Beneluxländern, den skandinavischen Ländern und Japan aus. Es sei also höchst bedauerlicherweise ‚in der Sache nicht mehr viel drin‘. Wir riskierten jetzt sogar, nicht nur auf die politische Gegenkonzession verzichten zu müssen, sondern aus dem Geschäft herausgedrängt zu werden.“ Vgl. die Aufzeichnung von Lahr vom 25. Januar 1965; VS-Bd. 438 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>11</sup> Hat Ministerialdirektor Sachs am 12. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>1</sup> Vgl. Dok. 21.

<sup>2</sup> Zum britischen Vorschlag für eine ANF vgl. Dok. 20, besonders Anm. 9–12.

<sup>3</sup> Vgl. AAPD 1964, II, Dok. 382.

nen.<sup>4</sup> Aus diesem Grunde, nicht zuletzt aber auf Grund der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit gemäß dem Elysée-Vertrag<sup>5</sup> würde es von französischer Seite dankbar begrüßt werden, wenn dem französischen Wunsch von deutscher Seite entsprochen würde.<sup>6</sup>

Erbitte Drahtweisung.<sup>7</sup>

[gez.] Knoke

VS-Bd. 1371 (II A 7)

<sup>4</sup> Während in deutschen und französischen Tageszeitungen die kritische Haltung der Bundesregierung zum Projekt einer ANF hervorgehoben wurde, betonte die Presse in Großbritannien, daß die Bundesregierung die britischen Vorschläge als gute Grundlage für weitere Gespräche bezeichnet habe. Vgl. dazu den Artikel „Bonn und London über Atomflotte weiter uneinig“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG; Nr. 33 vom 9. Februar 1965, S. 3. Vgl. dazu auch „Bonn rejette l'inspiration et les modalités du plan anglais de force atomique atlantique“; LE MONDE, Nr. 6244 vom 10. Februar 1965, S. 4. Vgl. dazu weiterhin den Artikel „Bonn Reply on ANF Encouraging“; THE TIMES, Nr. 56241 vom 9. Februar 1965, S. 11.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>6</sup> Dazu vermerkte Bundesminister Schröder am 11. Februar 1965 handschriftlich für Staatssekretär Carstens: „Das kann nicht in Betracht gezogen werden.“

Carstens bat am 12. Februar 1965 das Referat II 7 um Vorlage der Stellungnahme der Bundesregierung mit dem Memorandum und hielt in einer beigefügten handschriftlichen Notiz vom gleichen Tag für Schröder fest: „Ich votiere für eine Unterrichtung der Franzosen durch uns. Sie würden sonst mit Sicherheit auf andere Weise Kenntnis erhalten. Ob man den vollen Text weitergibt, möchte ich von nochmaliger Prüfung des Textes abhängig machen.“ Vgl. VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

Ministerialdirektor Krapf kam am 15. Februar 1965 „nach erneuter, sorgfältiger Überprüfung“ der Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Schluß, daß nichts „gegen die Überlassung eines Durchdrucks an die Franzosen“ spreche. Vielmehr hob er hervor: „Wenn wir den Franzosen unser Memorandum nicht zur Kenntnis geben, können wir es nicht verhindern, daß es ihnen anderweitig zur Kenntnis gelangt, und wir riskieren eine erneute Verstimmung.“ Vgl. VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>7</sup> Auf Weisung des Staatssekretärs Carstens vom 15. Februar 1965 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske am 16. Januar 1965 der Botschaft in Paris mit: „Ein Vertreter der hiesigen französischen Botschaft wird heute mündlich über den Inhalt unserer Stellungnahme zu den britischen ANF-Vorschlägen unterrichtet werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr 170; VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 17. Februar 1965 berichtete Gesandter Knoke, Paris, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium Puaux habe sehr bedauert, „daß das Auswärtige Amt seiner Bitte um Überlassung eines Durchdrucks des deutschen Antwortmemorandums nicht entsprochen habe. Die Franzosen hätten die Antwort inzwischen von den Engländern bekommen. Das englische Entgegenkommen sei umso höher zu veranschlagen, als zwischen Großbritannien und Frankreich kein Zusammenarbeitsvertrag bestehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

## Bundeskanzler Erhard an Präsident Nyerere

MB 525/65 VS-vertraulich

11. Februar 1965<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bestätige mit Dank den Eingang Ihres Schreibens vom 24. Januar 1965<sup>2</sup>, das mir Herr Außenminister Kambona am 29. Januar überbrachte. Dem Schreiben entnehme ich, daß die Vereinigte Republik Tansania das Regime der SBZ nicht anerkennt, jedoch die Zulassung eines Generalkonsulats und eines Handelsbevollmächtigten der SBZ in Tansania beabsichtigt. Sie haben sich hierbei von der Vorstellung leiten lassen, daß Sie mit dieser Regelung eine das deutsche Volk zufriedenstellende Lösung schaffen.

Leider muß ich ihnen sagen, daß ich diese Vorstellung nicht teilen kann und daß die von Ihnen vorgeschlagene Lösung den Interessen des deutschen Volkes widerspricht.

Bei den Gesprächen mit Herrn Außenminister Kambona im April 1964 in Bonn<sup>3</sup> und Rom<sup>4</sup>, bei den Gesprächen Botschafter Steltzers Anfang Juli 1964 zahlreichen Unterredungen, die unser Botschafter mit Ihnen hatte<sup>5</sup>, wurde die tragische deutsche Lage eingehend erläutert. Es wurde dabei klargestellt, daß ein vitales deutsches Interesse daran besteht, nicht nur die Anerkennung, sondern auch jede Aufwertung des in der SBZ eingesetzten Regimes zu verhindern, weil jede Aufwertung von außen den Weg erschwert, auf dem das deutsche Volk durch die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts zur Wiedervereinigung gelangen kann. Eine Aufwertung des Regimes der SBZ ist für unser Volk und die Bundesregierung nicht annehmbar. Sie würde auch im Widerspruch zur Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit stehen, die allen ihren Grundsätzen die Überzeugung voranstellt, „daß es das unveräußerliche Recht aller Menschen ist, ihr eigenes Schicksal selbst zu bestimmen“.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut vgl. VS-Bd. 2544 (I B 3).

<sup>3</sup> Zum Aufenthalt des tansanischen Außenministers vom 2. bis 9. Mai 1964 in Bonn vgl. Dok. 45, Anm. 5.

<sup>4</sup> Außenminister Kambona hielt sich am 21./22. Mai 1964, nach Besuchen in der VAR und in Jugoslawien, in Rom auf und traf dort mit Ministerialdirigent Böker und Legationsrat Schoeller zusammen. Anlaß für dieses Treffen war, so Kambona am 11. Mai 1964 zu Botschafter Weber, Kairo, daß er bei seinem Eintreffen in der ägyptischen Hauptstadt „eine ‚wichtige Nachricht‘ von Präsident Nyerere vorgefunden [habe], die eine Fortsetzung der in Bonn geführten Gespräche notwendig mache“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 438 von Weber vom 11. Mai 1964; Referat I B 3, Bd. 526. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 463 vom 15. Mai 1964; Referat I B 3, Bd. 526.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch vom 25. August 1964; Dok. 16, Anm. 7.

In einer Unterredung vom 8. Januar 1965 äußerte Präsident Nyerere den Wunsch, im Rahmen einer bevorstehenden Europareise nach Bonn zu kommen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 10 des Botschafters Schroeder, Daressalam, vom 12. Januar 1965; VS-Bd. 2544 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>6</sup> Die Charta der Organisation der Afrikanischen Einheit wurde am 26. Mai 1963 auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Unabhängigen Afrikanischen Staaten in Addis Abeba verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 314–320.

Entsprechend dieser Überzeugung und dem Grundsatz der OAU-Charta über die Nichteinmischung<sup>7</sup> hat die Gesamtheit der afrikanischen Staaten – mit Ausnahme der VAR – in jahrelanger Praxis jede Aufwertung des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands abgelehnt und damit der Freundschaft Afrikas mit dem ganzen deutschen Volk Rechnung getragen.

Seit dem Bau der Mauer in Berlin (1961) reagieren die deutsche Öffentlichkeit und der deutsche Bundestag (nicht nur einige Abgeordnete) auf jede Veränderung des Status der Zone noch viel empfindlicher und stärker als früher (wie noch kürzlich das Beispiel Ceylon<sup>8</sup> zeigte). Der Hinweis auf das Kairoer Modell<sup>9</sup> ist daher überholt, zumal unsere Beziehungen zu den arabischen Ländern durch das Israel-Problem beeinflusst sind. Im übrigen sehen wir gerade jetzt, wie ungünstig sich das deutsch-ägyptische Verhältnis entwickelt, nachdem die VAR sich durch die Zulassung eines Generalkonsulats in Kairo auf offizielle Kontakte mit der SBZ eingelassen hat.

Ich würde es als tragisch empfinden, wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt, da sich die Früchte unserer Zusammenarbeit deutlich abzuzeichnen beginnen, die Freundschaft des ganzen deutschen Volkes mit dem Volk von Tansania durch die Aufwertung des Zonenregimes gefährdet würde. Trotz schwerer Bedenken und ungünstiger internationaler Auswirkungen hat die deutsche Regierung der besonderen Lage in Sansibar bisher geduldig Rechnung getragen und alles vermieden, was der Unionsregierung Schwierigkeiten bereiten könnte. Gleichzeitig konnte aber an unserer grundsätzlichen Einstellung niemals ein Zweifel bestehen.

Ich möchte daher, Herr Präsident, an Ihre so oft bewiesene Weitsicht appellieren, eine Lösung im Sinne der Ihrem Herrn Außenminister unterbreiteten Vorschläge<sup>10</sup> zu finden, die es unseren beiden Völkern und Regierungen erlaubt, die so segensreichen und hoffnungsvollen Beziehungen fortzusetzen. Vielleicht bestünde auch eine Möglichkeit, im Anschluß an Ihre Reise nach Peking<sup>11</sup> oder aus anderem Anlaß die Bundesrepublik Deutschland zu einer Fortführung der Gespräche zu besuchen.<sup>12</sup> Ich würde es sehr begrüßen, wenn

<sup>7</sup> In Artikel III der Charta vom 26. Mai 1963 wurde die „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten“ als ein Grundsatz der Organisation Afrikanischer Einheit festgelegt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 316.

<sup>8</sup> Zur Einstellung der Entwicklungshilfe für Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 16, Anm. 10.

<sup>9</sup> Die DDR unterhielt seit 1959 ein Generalkonsulat in Kairo, dem allerdings von ägyptischer Seite kein Exequatur erteilt wurde.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 45.

<sup>11</sup> Präsident Nyerere hielt sich vom 16. bis 23. Februar 1965 in der Volksrepublik China auf. Für das gemeinsame Kommuniqué vom 24. Februar 1965 und den Wortlaut des am 20. Februar 1965 abgeschlossenen tansanisch-chinesischen Freundschaftsvertrages vgl. die Anlagen zum Schriftbericht des Generalkonsuls Bünger, Hongkong, vom 3. März 1965; Referat I B 3, Bd. 609.

<sup>12</sup> Am 30. Januar 1965 teilte der tansanische Minister für Wohnungsbau und Regionalverwaltung, Shaba, Botschafter Schroeder, Daressalam, mit, eine Gruppe von Ministern wolle Präsident Nyerere vorschlagen, „daß er anschließend an seinen Besuch in Peking Anfang März einen Besuch in der Bundesrepublik macht und dabei Karume mitnimmt. Bei einem Aufenthalt in Berlin sollte dann Karume möglichst inkognito Gelegenheit erhalten, auch Ostberlin zu besuchen, um zu sehen, wie es bei seinen ostdeutschen Freunden in Wirklichkeit aussieht.“ Bis dahin müsse versucht werden, „Nyerere von irgendwelchen Entscheidungen und nicht wieder gutzumachen-



ich auf diese Weise Gelegenheit haben würde, die uns gemeinsam beschäftigenden Fragen mit Ihnen persönlich zu erörtern<sup>13</sup>, bevor Sie Schritte tun, die das freundschaftliche Verhältnis zwischen unseren beiden Völkern schwer belasten würden.<sup>14</sup>

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

[gez.] Ludwig Erhard

VS-Bd. 2545 (I B 3)

## 69

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-24.A/65 geheim

11. Februar 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 11. Februar 1965 um 10.30 Uhr den amerikanischen Botschafter McGhee zu einem Gespräch.

Erstes Gesprächsthema war die derzeitige Lage im Zusammenhang mit dem geplanten Ulbricht-Besuch in Kairo<sup>2</sup> und den Waffenlieferungen an Israel. Botschafter *McGhee* stellte in diesem Zusammenhang wiederholt die Frage,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 294*

den Schritten in bezug auf die Zonenvertretung in Sansibar zurückzuhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 43 von Schroeder vom 1. Februar 1965; VS-Bd. 2617 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>13</sup> Dazu handschriftlicher Vermerk: „[Referat] I B 3 hält nach letztem Gespräch Dr. Schroeder – Prä[sident] Nyerere einen Besuch für unwahrscheinlich.“

<sup>14</sup> Am 13. Februar 1965 bat der tansanische Präsident Botschafter Schroeder, Daressalam, zu sich. Nyerere führte aus, er vermisse im Schreiben des Bundeskanzlers eine Bezugnahme auf das, was er erreicht habe, „indem er die Sansibaris zur Hinnahme einer Nichtanerkennung der Zone bewogen habe. Er würde sehr gerne der Einladung nach Bonn Folge leisten, aber es wäre unehrlich, wenn dadurch der Anschein erweckt werden würde, daß er bei einem solchen Besuch andere Vorschläge machen könnte. Er sei schwächer, als wir glaubten, und für ihn gehe es nach wie vor um den Bestand der Union.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 66 von Schroeder vom 13. Februar 1965; VS-Bd. 2545 (I B 3); B 150, Aktenkopien 1965.  
Vgl. dazu weiter Dok. 83.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 11. Februar 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 14. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 59. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

ob die Bundesregierung nicht zumindest die noch ausstehenden Lieferungen aus den laufenden Abmachungen durchführen könne. Der Herr *Minister* erwiderte, seines Erachtens sei dieses Projekt immer schon sehr schlecht gewesen, und nachdem die Waffenlieferungen an Israel bekannt geworden seien<sup>3</sup> sei es unmöglich geworden, die noch ausstehenden Lieferungen in Form von Waffen durchzuführen.<sup>4</sup> Er hoffe, daß man mit der israelischen Regierung zu einer vernünftigen Regelung für eine Ablösung dieser noch ausstehenden Lieferungen gelangen könne.<sup>5</sup> Botschafter *McGhee* bemerkte noch, man dürfe Nassers Gegenreaktion nicht überschätzen. Man sage, daß Nasser es sich zum Grundprinzip gemacht habe, jederzeit noch einen Rückzugsweg offen zu haben. Der Herr *Minister* erwiderte darauf, es gebe Fragen, in denen die arabische Welt und insbesondere Nasser sehr emotional reagierten.

Nächstes Gesprächsthema war die Reise einer FDP-Delegation nach Amerika.<sup>6</sup> Botschafter *McGhee* sagte dazu, er selbst habe von einer solchen Reise abgeraten, da die Vereinigten Staaten nicht mit politischen Parteien über die Wiedervereinigung verhandelten. Der Herr *Minister* sagte dazu, er würde den Ausdruck „Verhandlung“ nicht für richtig halten, vielmehr handle es sich um eine Reise hochstehender Parlamentarier mit dem Zweck der gegenseitigen Information.

Zum Interview Dr. Adenauers mit der *New York Times*<sup>7</sup> bemerkte Botschafter *McGhee*, darin seien Erklärungen enthalten, welche die Amerikaner sehr übelnahmen. Er hoffe, daß die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende tun werde, um die Auswirkung dieses Interviews zu beheben. Der Herr *Minister* verwies in diesem Zusammenhang auf die Rede, die Dr. Adenauer als Bundeskanzler anlässlich des Abendessens im Amerikanischen Klub während des Deutschland-Besuchs Präsident Kennedys gehalten habe.<sup>8</sup>

Zur Frage der Verhandlungen über eine europäische politische Union<sup>9</sup> bemerkte der Herr *Minister*, hier seien nur allmähliche Fortschritte zu erwarten. Frankreich messe sicherlich der Fortsetzung der Brüsseler Agrargespräche höhere Bedeutung zu als einem Treffen zur Behandlung anderer Fragen. In der Zwischenzeit werde es wohl etwas diplomatisches Hin und Her geben.

<sup>3</sup> Zum Bekanntwerden der Waffenlieferungen vgl. Dok. 1, Anm. 3.

<sup>4</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen, vgl. Dok. 57 und Dok. 58.

<sup>5</sup> Für eine erste israelische Reaktion auf den Vorschlag der Ablösung vgl. Dok. 65.

<sup>6</sup> Am 13. Januar 1965 wurde in einem Koalitionsgespräch zwischen der CDU/CSU und der FDP die Frage erörtert, ob eine Bundestagsdelegation zu Gesprächen über die Deutschland-Frage in die Hauptstädte der Vier Mächte reisen sollte. Da sich die CDU/CSU gegen einen solchen Schritt aussprach, entschloß sich die FDP, „allein initiativ“ zu werden. Vgl. den Artikel von Peter Koch: „Um die Plenarsitzung in Berlin“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 12 vom 14. Januar 1965, S. 1 f.

<sup>7</sup> Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer beklagte, es gebe kein amerikanisches Interesse, keine amerikanische politische Führung mehr in Europa. Vgl. den Artikel „Bonn's Social Democrats Score de Gaulle on His Anti-U.S. Stand“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39100 vom 11. Februar 1965, S. 1 f.

<sup>8</sup> Für den Toast, den der Bundeskanzler am 24. Juni 1963 im Amerikanischen Klub in Bad Godesberg ausbrachte, in dem Adenauer die USA als Führungsmacht in Europa bezeichnete, vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 512.

<sup>9</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 27 und weiter Dok. 80.

Zur Frage einer Deutschland-Initiative<sup>10</sup> bemerkte der Herr Minister, die Bundesregierung sei sich noch nicht endgültig schlüssig, welchen Verfahrensweg sie einschlagen wolle. Vielleicht sei es das beste, zunächst die Sache im Botschafterlenkungsausschuß zu behandeln. Außerdem sei es nötig, bilaterale Vorgespräche zu führen.

Nach einem Gedankenaustausch über einige der von General de Gaulle in seiner Pressekonferenz<sup>11</sup> dargelegten Ideen bemerkte Botschafter *McGhee*, zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung gebe es nur einige wenige Fragen, in denen eine gewisse Divergenz bestehe. In allen anderen Fragen seien die beiden Regierungen gleicher Auffassung. Anders sei es zwischen Amerika und de Gaulle, dessen Auffassungen in sehr vielen Problemen denen Amerikas zuwiderliefen. Amerika werde daher mit de Gaulle niemals eine echte Annäherung, sondern höchstens eine oberflächliche Verständigung erzielen können. Der Herr *Minister* betonte, er habe immer versucht, im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages<sup>12</sup> den Begriff der Gleichberechtigung durchzusetzen. Leider sei dies nicht immer gelungen. Freundschaft könne in Wirklichkeit aber ohne Gleichberechtigung nicht bestehen.

Das Gespräch endete um 11.30 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

## 70

### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard und des Bundesministers Westrick mit dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar

Ge 28/15/65 geheim

11. Februar 1965<sup>1</sup>

Am 11. Februar 1965 empfing Herr Bundesminister Westrick Herrn Botschafter Shinnar um 15.30 Uhr zu einem Gespräch, an dem der Unterzeichnete teilnahm. Nach etwa 45 Minuten begaben sich die Gesprächsteilnehmer zu dem Herrn Bundeskanzler, in dessen Arbeitszimmer die Unterhaltung dann fortgeführt wurde.

Herr Bundesminister *Westrick* betonte zunächst, daß er den besten Willen Israel gegenüber habe. Es sei aber nun notwendig, einen Weg zu finden, um aus der schwierigen Lage herauszukommen. Wir wollten unser Versprechen nicht brechen; wir könnten andererseits aber auch die Lebensinteressen Deutsch-

<sup>10</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 64 und weiter Dok. 130.

<sup>11</sup> Für die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten vom 4. Februar 1965 vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 325–342. Für Auszüge vgl. Dok. 60, Anm. 23, Dok. 62, Anm. 2 und 5 sowie Dok. 64, Anm. 16.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, gefertigt.

lands nicht wegen der Fortführung von geschenkweise gegebenen Lieferungen aufs Spiel setzen, die zudem für Israel keinen unersetzlichen Wert hätten.<sup>2</sup> Er halte zwar die ägyptischen Erklärungen, der Ulbricht-Besuch erfolge wegen unserer Waffenlieferungen an Israel<sup>3</sup>, für einen Vorwand. Nasser habe aber sehr deutliche Erklärungen abgegeben, hinter die er nicht leicht zurückgehen könne.<sup>4</sup> Die Reaktion anderer arabischer Staaten könne gefährlich sein. Im Hintergrund drohten auch Sukarno<sup>5</sup>, Ceylon<sup>6</sup>, Tansania<sup>7</sup> etc.

Er müsse zudem einige unangenehmere Punkte erwähnen. Bei den Besprechungen mit Peres – in diesem Zimmer – sei erklärt worden, daß diese Dinge geheim bleiben müßten; blieben sie nicht geheim, dann würden die Lieferungen eingestellt. Er möchte das Wort „Wegfall der Geschäftsgrundlage“ nicht erwähnen. Er wolle eine honorige Lösung finden. Aber er müsse darauf hinweisen, daß auch andere Bedingungen eine Rolle gespielt hätten, nämlich die Bezahlung der Waffen; wir hätten lediglich Chassis zugesagt, die in Italien noch einige Zeit gebraucht werden sollten, dann mit amerikanischen Kanonen umgerüstet und erst im Anschluß daran, als italienische Güter, ausgeliefert werden sollten.<sup>8</sup> Selbst vom Rechtsstandpunkt aus sei die deutsche Lage also günstig. Er, Bundesminister Westrick, wünsche aber, daß sie die Angelegenheit nicht als Juristen, sondern als Herren anpackten. Marquis de Nerva habe einen anderen Auftrag erhalten, als er anscheinend ausgeführt habe.<sup>9</sup> Wir wollten in Spannungsgebiete in Zukunft nichts mehr liefern.<sup>10</sup> Die bestehenden Absprachen wollten wir aber in honoriger Weise ablösen.

Botschafter *Shinnar* sagte, die Bundesregierung sollte sich ihrer Stärke bewußt werden. Wenn Ulbricht abgereist sei, werde Nasser zu Kreuze kriechen. Für Israel sei wichtig, was jetzt von deutscher Seite erklärt werde. Wir sollten Nasser jetzt nichts geben, was für Israel schädlich sei. Er habe Staatssekretär Carstens ausführlich über die Besprechung unterrichtet, die vor kurzem in Tel Aviv zwischen Eshkol, Peres, Meir, ihm und anderen stattgefunden habe.<sup>11</sup> Das beste, was die Bundesregierung tun könne, sei, so rasch wie möglich zu erfüllen. Die beiden U-Boote würden sowieso von England kommen (von Deutschland bezahlt); die sechs Schnellboote würden erst in 14 Monaten geliefert und dann unbewaffnet; die 90 noch ausstehenden Panzer sollten so rasch wie möglich geliefert werden.

<sup>2</sup> Zur Absicht der Bundesregierung, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen, vgl. Dok. 57. Für eine erste israelische Reaktion auf diesen Vorschlag vgl. Dok. 65.

<sup>3</sup> Zu dieser Argumentation vgl. Dok. 38, Anm. 3.

Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 61.

<sup>5</sup> Zu den Beziehungen Indonesiens zur DDR vgl. Dok. 42, Anm. 3, und weiter Dok. 216.

<sup>6</sup> Zur Haltung Ceylons in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 72.

<sup>7</sup> Zur Haltung Tansanias in der Deutschland-Frage vgl. Dok. 45.

<sup>8</sup> Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

<sup>9</sup> Zur Beurteilung der Bemühungen des spanischen Vermittlers durch die Bundesregierung vgl. Dok. 73.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard vom 3. Februar 1965; Dok. 57, Anm. 2.

<sup>11</sup> Vgl. Dok. 65.

Herr Bundesminister *Westrick* entgegnete, daß dieser Vorschlag nicht akzeptabel sei. Wenn Herr Shinnar sonst nichts mitzuteilen habe, so betrachte er, *Westrick*, seine Vermittlerdienste als beendet. Bis heute habe die Bundesregierung auf seine Veranlassung hin nichts zu den Waffengeschichten erklärt. Der Bundeskanzler sei aber nicht in der Lage, Lebensinteressen Deutschlands aufs Spiel zu setzen, um eine geschenkweise Zusage abgewrackter Waffen zu erfüllen, obwohl die ausgehandelten Bedingungen nicht mehr vorlägen.

Herr *Shinnar* erwiderte, daß die Einstellung und Gesinnung des Herrn Bundeskanzlers in Israel wohl gewürdigt würden. Die Waffenlieferungen seien aber Teil eines Planes, der eingehalten werden müsse, um die Existenz Israels zu sichern. Er, Shinnar, werde morgen nach Israel zurückkehren und dort sicher recht bald erneut mit Ministerpräsident Eshkol u. a. sprechen. Er werde dabei sein Bestes tun, um für die deutsche Auffassung Verständnis zu wecken. Inzwischen müsse er aber sicher sein, daß nach außen hin nichts anderes erklärt werde als höchstens, daß das Bundeskabinett erwäge, in Zukunft keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Von etwaigen Modifikationen (der bestehenden Absprachen) dürfe aber nicht gesprochen werden. Nasser dürfe nicht auch diese Vorleistungen noch erhalten für seinen plumpen Bluff.

Herr Bundesminister *Westrick* wies Herrn Shinnar darauf hin, daß Shinnar seinerzeit geglaubt habe, der Ulbricht-Besuch werde gar nicht stattfinden.<sup>12</sup> Darin habe sich Shinnar ja geirrt. Vielleicht irre er sich auch jetzt hinsichtlich der möglichen arabischen Reaktionen. Er, *Westrick*, müsse nochmals auf die früheren Bedingungen hinweisen. So ungern er es tue, so müsse er auch das „geschenkweise“ wiederholen. Herr *Shinnar* sagte, daß es ihm weh tue, die „Geschenke“ vorgehalten zu bekommen. Die Waffen, die Nasser von der Sowjetunion erhalten habe und das Zehnfache betrügen von dem, was Nasser selbst brauche, würden eines Tages auch gegen uns, nämlich die ganze freie Welt, gerichtet. Die Sowjetunion baue sich in Ägypten einen Stützpunkt, und Nasser werde eines Tages feststellen, daß er die Dinge nicht mehr in der Hand habe.

Herr Bundesminister *Westrick* und Herr Shinnar sprachen dann einige Zeit darüber, ob den Arabern mitgeteilt werden könne (nach Rückkehr von Herrn Shinnar aus Tel Aviv), daß auch die schon vereinbarten Waffenlieferungen aufhörten. Herr *Shinnar* sagte, daß er – gegen seine Instruktion – versuchen wolle, seiner Regierung die Version vorzuschlagen, „daß sich bei der Durchführung des früher Gesagten objektive Schwierigkeiten ergeben hätten“ – der Lieferungsstop dürfe aber nicht erkennen lassen, daß er Nasser zuliebe erfolgt sei. Herr Bundesminister *Westrick* meinte, daß er darauf nicht eingehen könne, da das ja der Sinn des Lieferungsstops sei. Die Ablösung der früheren Absprachen solle sich nicht zum Nachteil Israels und nicht zum Vorteil der BRD auswirken.

<sup>12</sup> Am 29. Januar 1965 äußerte der israelische Botschafter Shinnar gegenüber dem Chef des Bundeskanzleramts, *Westrick*, die Ansicht, daß der Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in Kairo vermutlich nicht stattfinden werde. „Vielmehr halte er die gegenwärtigen Ankündigungen für ein geschicktes taktisches Spiel Nassers, der dadurch seine Position festigen und die Bundesrepublik zu Zugeständnissen erpressen wolle.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 1. Februar 1965; VS-Bd. 423 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Die Herren gingen dann in das Arbeitszimmer des Herrn Bundeskanzlers, wobei Herr Bundesminister *Westrick* zunächst das bisherige Gespräch zusammenfaßte. Um Herrn Shinnar wegen der gerade aus Kairo eintreffenden Meldungen<sup>13</sup> zu beruhigen, las Herr Bundesminister Westrick dann die Instruktion vor, die unser Botschafter in Madrid zwecks Weiterleitung an Marquis de Nerva<sup>14</sup> erhalten hatte. Herr *Shinnar* fand die Instruktion korrekt. Auf Grund der falschen Meldungen aus Kairo werde sich in Israel aber eine Welle der Empörung erheben. Seine Regierung habe ja auch beschlossen, auf den Lieferungen zu bestehen. Wenn er also versuchen werde, sie umzustimmen und Modifikationen der früheren Absprachen zu erreichen, so müsse er andererseits mitteilen können, daß diese Modifikationen nicht als Sieg Nassers erschienen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß er eine einvernehmliche Lösung anstrebe. Für die BRD stehe aber viel auf dem Spiel, da sich möglicherweise andere Staaten mit Nasser solidarisch erklären würden. Er habe seinerzeit mit Herrn Eshkol eine gute Lösung in einer Frage gefunden, die zunächst auch recht schwierig ausgesehen habe.<sup>15</sup> Waffen könne man in der ganzen Welt kaufen. Außerdem wolle er hinsichtlich der Verjährungsfristen<sup>16</sup> etwas tun, was zeige, daß ihm an einem guten Verhältnis mit Israel und dem Judentum liege. Herr Bundesminister *Westrick* warf ein, daß England Panzer an Israel liefern könne, die wir dann u. U. bezahlten. Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, daß der Rest unserer Verpflichtungen gegenüber Israel nicht im Wege von Waffenlieferungen erfüllt werde. Israel könne es nicht auf sich nehmen, daß die Deutschlandpolitik deshalb großen Schaden leide.

Herr *Shinnar* sagte, daß er optimistisch hinsichtlich der Ablösungsverhandlungen sei, wenn er sagen könne, a) daß die Mitteilungen Sabris vollkommen falsch seien, b) daß sich die Geschäftsgrundlage der früheren Absprachen verändert habe, c) daß der Herr Bundeskanzler den vitalen Interessen Israels wohlwollend gegenüberstehe (so wie er es am 4. November Herrn Shinnar angedeutet habe<sup>17</sup>), d) daß die Ablösungen nicht als Triumph Nassers erschienen. Er reise morgen nach Tel Aviv. Er bitte, daß in der Zwischenzeit keine definitiven Beschlüsse gefaßt würden. Er werde am Montag<sup>18</sup> wieder zur Verfügung stehen.

<sup>13</sup> Am 11. Februar 1965 trafen Drahtberichte des Botschaftsrats I. Klasse Müller, Kairo, in Bonn ein, in denen Äußerungen des ägyptischen Ministerpräsidenten vor der Nationalversammlung wiedergegeben wurden. Danach hatte Ali Sabri dem Parlament am Vorabend nicht nur mitgeteilt, daß die Bundesrepublik keine Waffen mehr in Spannungsgebiete liefern werde, sondern auch erklärt, daß alle Waffenlieferungen an Israel gestoppt würden. Dieser Wandel in der deutschen Haltung sei ein Erfolg der Bemühungen des spanischen Vermittlers Marques de Nerva. Vgl. die Drahtberichte Nr. 150 und 154; Ministerbüro, Bd. 219.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 11.

<sup>15</sup> Dies war bei den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Israel und der EWG der Fall. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 25. Vgl. weiter Dok. 172.

<sup>16</sup> Zur Verlängerung der Verjährungsfrist für Gewaltverbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus vgl. Dok. 53.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Leiter der Israel-Mission vgl. AAPD 1964, II, Dok. 312.

<sup>18</sup> 16. Februar 1965.

Herr Bundesminister *Westrick* warf ein, daß das Auswärtige Amt eine Erklärung abgeben möchte, wonach die alten Lieferungen nicht fortgeführt würden.<sup>19</sup> Die Umwandlung sei allein eine Sache zwischen Deutschland und Israel. Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, daß ihm an einer einvernehmlichen Lösung gelegen sei; es solle nicht Israels Schade sein (es werde uns wohl sogar mehr kosten). Herr Bundesminister *Westrick* meinte, daß die vom Auswärtigen Amt gewünschte Erklärung Israel doch nicht schade, höchstens den Deutschen. Herr *Shinnar* erwiderte, daß sie unabsehbare Folgen in Israel haben könne. Er werde auf jeden Fall sagen, daß Herr Sabri Dinger erzählt habe, denen die deutsche Seite nicht zugestimmt habe. Der Herr *Bundeskanzler* meinte, daß wir im allgemeinen bei „no comment“ blieben; Herr *Shinnar* könne aber ruhig sagen, daß die Behauptungen wegen biologischer Waffen<sup>20</sup> lächerlich seien und auch die Erklärung wegen seiner, des Bundeskanzlers, Zusage über 320 Mio.<sup>21</sup>

Herr *Shinnar* bedankte sich für die Gesinnung, aus der der Herr Bundeskanzler und Herr Bundesminister *Westrick* gesprochen hätten.<sup>22</sup>

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 12

<sup>19</sup> Am 12. Februar 1965 erklärte der Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, auf der Bundespressekonferenz, daß die Bundesregierung beschlossen habe, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern. „Hinsichtlich der in der Vergangenheit vereinbarten, aber noch nicht voll ausgefüllten Lieferungen ist hier gesagt worden, daß auch eine Einstellung über diese Lieferungen angestrebt wird, doch seien wir international nicht frei und könnten daher nicht allein entscheiden. [...] Botschafter Shinnar hat sich mit dieser Mitteilung des Bundeskanzlers, in deren Mittelpunkt das Bemühen steht, eine Regelung des Restes von Lieferungen [...] zu erreichen, nach Israel begeben. Es ist damit zu rechnen, daß Botschafter Shinnar mit einer Antwort der israelischen Regierung bald nach Bonn zurückkehren wird.“ Vgl. BULLETIN 1965, S. 218f. Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 12. Februar 1965 vgl. BULLETIN 1965, S. 218.

<sup>20</sup> Vgl. dazu auch die Berichterstattung in der ägyptischen Presse; Dok. 61, Anm. 5.

<sup>21</sup> Dazu hielt Staatssekretär Carstens am 18. Februar 1965 für Bundesminister Schröder fest, daß sich die gegenüber Israel eingegangenen Verpflichtungen „im Gegensatz zu den von arabischer und anderer interessierter Seite aufgeführten überhöhten Summen auf 270 Mio. DM“ beliefen. Vgl. VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Erhard gab dem Leiter der Israel-Mission, Shinnar, ein Schreiben an den israelischen Ministerpräsidenten mit, das Ministerialdirigent Osterheld „binnen einer viertel Stunde“ entworfen hatte und in dem Eshkol gebeten wurde, „der Umwandlung der Restzusagen in andere Leistungen statt Waffen zuzustimmen“. Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 156. Für den Wortlaut des Schreibens vom 11. Februar 1965 vgl. VS-Bd. 2647 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

## 71

**Aufzeichnung des Botschafters von Walther, Ankara**

VS-NfD

11. Februar 1965

1) Im Laufe einer längeren Unterredung gab mir heute auf meine Frage hin Erkin eine Darstellung der letzten Entwicklung zur Zypernfrage. Er ging davon aus, daß durch die als sicher anzunehmende bevorstehende Vertagung der UNO eine Verhandlung der Zypernfrage in diesem Gremium nicht mehr in Frage kommt.<sup>1</sup> Die türkische Regierung sei noch nicht entschlossen, wie sie nunmehr reagieren solle. Um so mehr als sie von ihren amerikanischen Freunden keinerlei Unterstützung hätten.

Bei seiner Anwesenheit in New York<sup>2</sup> sei die griechische Delegation unter der Hand an die türkische Delegation herangetreten und habe die Möglichkeit von Dreier-Verhandlungen zwischen Nicosia, Athen und Ankara angedeutet. In einem langen Gespräch mit Rusk<sup>3</sup> habe auch dieser auf eine solche Möglichkeit gedrängt und dabei bemerkt, daß Athen im Augenblick in einer schwierigen Lage und daher besonders verhandlungsbereit sei. Erkin habe sich zu solchen Gesprächen in New York bereit erklärt, habe aber die Anregung, daß die Türken Kyprianou zu solchen Besprechungen auffordern sollten, abgelehnt. Eine solche Aufforderung müsse von Athen ausgehen. Außerdem sei die Voraussetzung solcher Gespräche, daß die Vertreter der beiden zypriotischen Volksgruppen hinzugezogen würden und daß man die türkische Förderallösung im Grundsatz anerkenne.

Die Zyprioten hätten ihn nach einigen Tagen wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen nicht bereit seien.

Nach seiner Rückkehr nach Ankara habe Erkin Botschafter Hare über die nunmehrigen Absichten der amerikanischen Regierung zur Lösung des Zypernkonfliktes befragt. Hare habe ihn auf die Ausführungen Rusks, d.h. dreiseitige Verhandlungen zwischen Athen, Nicosia und Ankara verwiesen.

Erkin habe daraufhin sehr ernsthaft die Notwendigkeit einer baldigen Initiative Amerikas dargelegt. Für die Türkei sei die Situation so günstig wie noch nie. Die Sowjetunion habe sich in den verschiedenen Äußerungen für den Standpunkt der Türkei erklärt.<sup>4</sup> Die arabischen Länder, mit deren Vertreter

<sup>1</sup> Die UNO-Generalversammlung trat erst wieder am 20. September 1965 zusammen.

<sup>2</sup> Der türkische Außenminister Erkin hielt am 25. Januar 1965 eine Rede vor der UNO-Generalversammlung in New York. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Freiherr von Braun, New York (UNO) vom 25. Januar 1965; Referat I B 1, Bd. 352.

<sup>3</sup> Außenminister Erkin wurde am 26. Januar 1965 vom amerikanischen Außenminister Rusk empfangen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 38.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 25, Anm. 5.

Botschafter Groepper, Moskau, machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß die UdSSR die türkische Förderallösung für Zypern nur deshalb unterstütze, weil sie an der „Schaffung eines schwachen, machtpolitisch ungebundenen Inselstaates ohne militärische oder politische Interventionsrechte irgendeines NATO-Staates“ interessiert sei. Die sowjetische Taktik laufe dabei auf eine „Vertiefung und Verewigung des türkisch-griechischen Zerwürfnisses und



Erkin in New York gesprochen hat, hätten bereits damals zugesagt, im Falle einer allerdings inzwischen unwahrscheinlich gewordenen UNO-Abstimmung über Zypern den türkischen Standpunkt anzuerkennen. Auch einige afrikanische Länder seien hierzu bereit. Damit sei jede Aussicht für die Griechen, für ihren Resolutionsentwurf eine Mehrheit zu finden, vorbei. Im Gegenteil würde die Vollversammlung voraussichtlich in einer Entschließung direkte Verhandlungen zwischen den drei Beteiligten vorschlagen, wobei dann die Türkei ihren Standpunkt durchsetzen könne.

Die Türkei wolle in keinem Falle diese günstige Situation ungenutzt verstreichen lassen. Da die Möglichkeit einer Abstimmung in der UNO kaum noch bestehe, müsse auf anderem Wege etwas zur Lösung dieser Situation getan werden. Die Amerikaner sollten nunmehr gemeinsam mit den Russen in Nicosia auf Makarios mit dem Ziele der Erreichung der Föderallösung drücken. Dabei sollten die Amerikaner den Russen gegenüber ihren Wunsch nach Enosis<sup>5</sup> aufgeben. Die Russen sollten dafür die Unterlassung jeder Intervention in Zypern zusagen. Auf diese Weise sei den russischen Wünschen Genüge getan, auf der anderen Seite eine wirkliche Neutralisierung Zyperns gesichert. Hare habe im Anschluß an dieses Gespräch noch einige Informationen über die Einzelheiten der türkischen Pläne erbeten, insbesondere über die Zahl der umzusiedelnden Familien, wobei ihm Erkin seinerzeit dieselben Ausführungen gemacht hat, die ich bereits im Drahtbericht Nr. 47 vom 19.1., Ziffer 2, dargelegt habe. Wenn Makarios nicht bereit sei, sich zu einigen, sollten die Amerikaner ihn wissen lassen, daß sie sich dann an der Zypernfrage desinteressieren und die Lösung den Türken überlassen würden. Diese würden schon eine Lösung herbeizuführen wissen.

In jedem Fall handele es sich jetzt darum, ob der Westen den Russen alleine die Rolle des „champion de la paix en Europe“ überlassen wolle.

Vor drei Tagen habe nun Hare die negative Antwort seiner Regierung überbracht und habe wieder auf den Weg der dreiseitigen Verhandlungen verwiesen. Der von den Türken vorgeschlagene Weg biete keine Aussicht auf Erfolg, „da die Russen lediglich darauf aus seien, einen griechisch-türkischen Krieg zu entfachen“ (sic). Erkin habe ihm daraufhin die tiefe Enttäuschung der türkischen Regierung zum Ausdruck gebracht. Er habe weiter ausgeführt, daß drei Lösungen möglich seien:

a) Die Enosis, die von Türken und Russen abgelehnt würde und daher definitiv zu begraben sei. Hare habe hier zugestimmt.

b) Ein unabhängiges Zypern, ohne Berücksichtigung der türkischen Interessen. Dieser Lösung würde sich die Türkei mit allen Mitteln widersetzen. Es bliebe also nur

*Fortsetzung Fußnote von Seite 302*

damit [auf eine] Schwächung der NATO von innen her durch [eine] wechselnde, jeweils die anti-westliche Stoßrichtung beachtende Stützung Nikosias, Athens und Ankaras“ hinaus. Vgl. den Drahtbericht Nr. 144 vom 11. Februar 1965; VS-Bd. 2501 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>5</sup> Zum Begriff der Enosis vgl. Dok. 25, Anm. 8.

c) die Lösung eines unabhängigen neutralisierten Zypern mit einer föderalen Verfassung, wobei die Einzelheiten dieser föderalen Verfassung ausgehandelt werden müßten, nachdem vorher der Grundsatz von Makarios anzuerkennen sei. Die Türken seien bereit, in jeder Weise in den eventuellen Verhandlungen entgegenzukommen. Diese Lösung stelle den einzig gangbaren Weg dar.

Ironisch bemerkte Erkin, daß Hare sich diese Darstellung nochmals habe wiederholen lassen, um Notizen zu machen. Er werde dies der USA-Regierung nochmals darlegen und erneut um Weisung bitten.

Erkin fügte hinzu, daß offenbar Johnson völlig uninteressiert sei und nichts von außenpolitischen Fragen verstünde; Ball habe in der Zypernfrage eine denkbar unglückliche Rolle gespielt: „il a fait le vilain malgré lui“.<sup>6</sup> Die Erklärung für diese unglückselige Rolle sei wohl, daß er als einer der wenigen noch in Gunst befindlichen Kennedy-Mitarbeiter seine Stellung behalten und daher um jeden Preis Johnson gefallen wolle.

2) Erkin fragte mich sodann, wie der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen informiert sei und ob er Papandreou oft sehe. Ich klärte ihn darüber auf, daß der neue Botschafter dieser Tage in Athen ankommen würde und daß er meiner Ansicht nach in der Lage sein würde, sich im Verlauf seiner Antrittsunterredungen über die jetzigen Pläne der griechischen Regierung zu unterrichten, falls solche Pläne überhaupt bestünden. Ich sagte Erkin zu, ihn zu orientieren, falls bei den ersten Gesprächen Schlitters nennenswerte Ergebnisse festzustellen seien.<sup>7</sup>

3) Aus dieser Unterredung ersehe ich, daß die Ausführungen meines Telegramms Nr. 81 vom 2.2., geheim, Ziffer 2, Absatz 3<sup>8</sup>, volle Berechtigung haben. Die Türken sind heute noch fest entschlossen, die Zypernfrage möglichst mit Hilfe ihrer westlichen Alliierten zu klären, um nicht zu stark in das russische Fahrwasser abzuleiten. Wenn sich jedoch der Westen – in erster Linie die Vereinigten Staaten, in zweiter Linie Großbritannien – nicht entschließen kann, eine eindeutige Haltung anzunehmen, wird der türkischen Regierung gar nichts anderes übrig bleiben, als sich stärker auf die Sowjetunion zu stützen. Es ging aus den Ausführungen Erkins hervor, daß er im Augenblick jedenfalls eine erfolgreiche diplomatische Intervention der Russen in Nicosia für möglich erachtet: die Russen könnten nicht nur mit einer türkischen Intervention, sondern außerdem noch mit ihrer eigenen kommunistischen Partei in Zypern Makarios drohen.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Im Februar 1964 scheiterten Bemühungen des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Ball, die Zustimmung der griechischen, türkischen und zypriotischen Regierung zu einer Stationierung von Friedenstruppen aus NATO-Staaten auf Zypern zu erlangen. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters von Walther, Ankara, vom 20. Februar 1964; Referat I A 4, Bd. 296.

<sup>7</sup> Zu einer diesbezüglichen Unterrichtung kam es nicht mehr, da die Regierung unter Ministerpräsident İnönü am 13. Februar 1965 zurücktrat.

<sup>8</sup> Vgl. VS-Bd. 2501 (I A 4).

<sup>9</sup> Am 11. Februar 1965 machte Botschafter Groepper, Moskau, u. a. darauf aufmerksam, daß eine Stärkung der kommunistischen Partei Zyperns eines der Ziele der sowjetischen Politik sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 144; VS-Bd. 2501 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1965.

Ich darf der dortigen Erwägung anheimstellen, ob nicht eine Initiative unsererseits bei der amerikanischen und eventuell auch der englischen Regierung möglich ist, um eine profiliere Politik in der Zypernfrage zu erreichen.<sup>10</sup>

Über Herrn Ministerialdirigent Dr. Voigt und Herrn Ministerialdirigent Professor Dr. Meyer-Lindenberg hiermit Herrn Staatssekretär Professor Dr. Carstens ergebenst vorgelegt.

Walther

VS-Bd. 2439 (I A 4)

## 72

### Botschafter Schwörbel, Colombo, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-1322/65 geheim

Fernschreiben Nr. 25

Citissime

Aufgabe: 11. Februar 1965, 15.55 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 11. Februar 1965, 13.48 Uhr

Generaldirektor Außenministerium Peiris bat mich 11. Februar zu informeller Besprechung. Beginn mit betontem Hinweis auf heutige Reuter-Meldung, wonach Bundesregierung beschlossen habe, Waffenlieferungen an Israel einzustellen<sup>2</sup> und damit Druck Nasser nachzugeben. Anschließend teilte Peiris folgendes mit: Stellvertretender SBZ-Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Wächter, treffe heute erneut in Colombo ein. Ihm folge 15. Februar Delegation aus Ostberlin. Es gehe um Abschluß seit 1 Jahr angebotenen Kredithilfeabkommens über 80 Mill. Rupien<sup>3</sup>, durch das Ceylon Möglichkeit erhalte, zusätzliche Waren, u. a. Zement, auf Kredit einzukaufen.<sup>4</sup>

Außenministerium habe sich bisher erfolgreich bemüht, im Verhältnis zu SBZ alles zu vermeiden, was Schlüsse auf weitergehende Aufwertung SBZ zuließe. Noch im Dezember sei es gelungen, Abschluß formellen Handelsabkommens zu verhindern. Gegen Widerstand SBZ sei nur Austausch von Briefen erfolgt.<sup>5</sup> Nunmehr aber sei Abschluß formellen Abkommens nicht mehr vermeidbar.

<sup>10</sup> Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 150.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Böker am 11. Februar 1965 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die alte Leier!“

<sup>2</sup> Zur Bekanntgabe der Entscheidung der Bundesregierung, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, vgl. Dok. 70, Anm. 19.

<sup>3</sup> Zum Angebot der DDR, das während des Besuchs des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Leuschner vom 7. bis 14. Februar 1964 in Ceylon unterbreitet wurde, vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 718f.

<sup>4</sup> Am 22. Februar 1965 wurde zwischen Ceylon und der DDR ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen, das u. a. vorsah, daß die DDR Anlagen für die Textilindustrie und die chemische Industrie liefern würde, und das Ceylon langfristige Kredite einräumte. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR XIII, S. 974.

<sup>5</sup> Zur Vereinbarung vom 14. Dezember 1964 vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XII, S. 722–725.

Da SBZ-Regierung den Kredit gebe, werde SBZ-Delegation verlangen, daß Modalitäten von Regierung zu Regierung vereinbart werden.

Ceylon wolle nach wie vor SBZ diplomatisch nicht anerkennen. SBZ werde jedoch Tatsache des Abschlusses formellen Abkommens als weitere Aufwertung propagandistisch ausnützen.

Wirtschaftliche Lage Ceylons sei so verzweifelt, daß angesichts Einstellung Wirtschaftshilfe USA<sup>6</sup> und Bundesrepublik<sup>7</sup> nichts anderes übrig bleibe, als jedes Hilfsangebot anzunehmen. Über begrenzte Verwertbarkeit SBZ-Hilfe mache man sich keine Illusionen.

Auf Einwurf, daß für Hilfe Ostblocks hoher politischer Preis bezahlt werden müsse, erwiderte Peiris, daß, wo es um Erhaltung Existenz gehe, Bedenken formaler Art zurückgestellt werden müssen.

Ähnlich wie seinerzeitige Weigerung USA, Ceylon-Kautschuk zu kaufen, zur Aufnahme Beziehungen zu VR China<sup>8</sup> geführt habe, habe Einstellung Wirtschaftshilfe durch Bundesrepublik zwangsweise zur weiteren Aufwertung SBZ geführt.

Auf Bericht 15/65 vom 6. Januar – I B 5-82 – mit dem Entwicklung vorhergesagt wurde, darf verwiesen werden.<sup>9</sup>

[gez.] Schwörbel

VS-Bd. 2654 (I B 5)

<sup>6</sup> Die USA suspendierten ihre wirtschaftliche und technische Hilfe am 8. Februar 1963, nachdem sich die ceylonesishe Regierung geweigert hatte, enteignete amerikanische Ölfirmen zu entschädigen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10406.

<sup>7</sup> Zur Einstellung der Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik, die am 19. Januar 1964 als Reaktion auf die Zulassung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo erfolgte, vgl. Dok. 16, Anm. 10.

<sup>8</sup> Zum Handelsabkommen vom 10. Oktober 1963 zwischen Ceylon und der Volksrepublik China vgl. AdG 1964, S. 11087.

<sup>9</sup> Botschafter Schwörbel, Colombo, legte dar, daß seiner Einschätzung nach die ceylonesische Regierung zwar eingesehen habe, daß mit der Zulassung eines Generalkonsulats der DDR „ein Fehler“ begangen worden sei, daß sie nun aber glaube, es sich nicht leisten zu können, diese Entscheidung „durch spektakuläre Schritte oder Erklärungen“ zu korrigieren. So sei ein Zustand eingetreten, der einem „resignierenden Bedauern“ nahekomme und der dafür verantwortlich sei, daß sich die Position der DDR in Ceylon verfestigt habe. Erschwerend komme hinzu, daß eine Gewöhnung an den Fortfall der Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik eingetreten sei und an „anderer Stelle“ ein Ausgleich für den Verlust gesucht werde. Vgl. den Schriftbericht vom 6. Januar 1965; Referat I B 5, Bd. 142.

Vgl. weiter Dok. 375.

### Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Abteilungsleiter Marques de Nerva, spanisches Außenministerium

Z A 5-25.A/65 geheim

12. Februar 1965<sup>1</sup>

Staatssekretär Professor Carstens empfing am 12. Februar 1965 um 11.00 Uhr den spanischen Generaldirektor Marques de Nerva zu einem Gespräch. Anwesend waren außerdem Herr Ministerialdirigent Böker, Herr Ministerialdirektor<sup>2</sup> Professor Meyer-Lindenberg und von spanischer Seite der spanische Botschafter in Bonn, Herr Erice y O'Shea, sowie der Botschaftsrat Herr Pérez-Hernández.

*Marques de Nerva* schilderte ausführlich seine Vermittlertätigkeit<sup>3</sup>, beginnend mit dem Anruf des spanischen Außenministers<sup>4</sup> bei ihm am Nachmittage des 3. Februar. Er sei noch am selben Abend nach Kairo geflogen, nachdem er sich bei dem spanischen Botschafter in Bonn sowie bei dem Vertreter des Botschafters in Madrid, Herrn Botschaftsrat Breuer, eingehend über die Lage informiert habe. Er sei am 4. Februar 1965 morgens um 6.00 Uhr in Kairo eingetroffen. Da es aber ein hoher Feiertag war, befanden sich General Nasser in Alexandrien, Außenminister Ali Sabri in Ismaelia, und das ägyptische Außenministerium war geschlossen. Erst nachmittags gegen 2.00 Uhr sei es ihm gelungen, Kontakt mit Sala Sached sowie mit Farida Abushari, Staatssekretär im ägyptischen Außenministerium, aufzunehmen. Sala Sached hätte mit Nasser in Alexandrien telefoniert, und Nasser habe ihm geantwortet, daß Ali Sabri mit Marques de Nerva sprechen sollte. Da der darauffolgende Tag Freitag, der 5. Februar, ebenfalls ein Feiertag war, konnte dieses Gespräch erst am Samstag um 11.00 Uhr vormittags stattfinden. Marques de Nerva berichtete, er habe sich über eine Stunde lang mit Sabri unterhalten. Er habe ihm erklärt, was Ulbricht für Deutschland bedeute und was dessen Besuch in Ägypten<sup>5</sup> für eine Empörung im deutschen Volk verursachen müsse. Er habe auch auf die nachteiligen Folgen für die Beziehungen zwischen Bonn und Kairo hingewiesen. Wenn Ulbricht zu einem offiziellen Besuch in Kairo empfangen würde, so werde die Bundesrepublik Deutschland höchst wahrscheinlich die Beziehungen zu Ägypten abbrechen, und das würde eine Annäherung mit Israel bedeuten. Falls andere arabische Länder Ulbricht dann ebenfalls einladen sollten, wäre zu erwarten, daß Deutschland die diplomatischen Beziehungen zu den anderen arabischen Ländern ebenfalls abbrechen würde, und das würde bedeuten, daß im Grunde genommen die diplomatischen Beziehungen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Engling am 15. Februar 1965 gefertigt.

Hat Staatssekretär Carstens am 17. Februar 1965 vorgelegen, der in einem handschriftlichen Vermerk auf der Begleitnotiz die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte. Hat Schröder am 18. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus „Ministerialdirigent“.

<sup>3</sup> Zu den Bemühungen des spanischen Vermittlers vgl. bereits Dok. 59.

<sup>4</sup> Fernando M. Castiella y Maiz.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

zwischen der arabischen Welt und Europa als ganzes abgebrochen würden. Ali Sabri habe aber anfänglich wenig entgegenkommend reagiert und habe sich als sehr zäher Gesprächspartner erwiesen. Er habe erklärt, daß man bereits seit drei Jahren plane, Ulbricht einzuladen, und daß im übrigen die westdeutsche Wirtschaftshilfe<sup>6</sup> nicht so unerhört bedeutend sei, zumal sie mit 6% jährlich verzinst würde. Marques de Nerva habe ihm gesagt, daß Ägypten von der Bundesrepublik Deutschland nur dann eine Beendigung der Waffenlieferungen an Israel<sup>7</sup> erreichen könnte, wenn Ägypten sich bereit erkläre, den Besuch Ulbrichts entweder ganz abzusagen oder zumindest um einen Monat zu verschieben. Sabri habe ihm darauf geantwortet, er könne äußerstenfalls Ulbrichts Besuch als einen Höflichkeitsbesuch betrachten und die DDR nicht anerkennen. Dies erfordere aber eine sofortige Änderung in der Haltung und Handlungsweise Bonns. Am Sonntag hätten Nasser sowie die Arabische Sozialistische Union Erklärungen abgegeben, welche die Atmosphäre noch mehr geladen hätten.<sup>8</sup>

Am Montag morgen sei Marques de Nerva um 9.15 Uhr erneut zu Ali Sabri gegangen. Sabri habe darauf hingewiesen, daß im Falle eines Abbruchs der Beziehungen zwischen Kairo und Bonn die meisten arabischen Staaten Ägypten unterstützen würden. Er wies besonders auf Syrien, Irak, Algerien und wahrscheinlich auch Saudi-Arabien hin. Nerva habe erneut gebeten, den Besuch aufzuschieben, um Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen. Ali Sabri habe geantwortet, das sei völlig unmöglich. Nerva habe daraufhin vorgeschlagen, die Wirkung des Ulbricht-Besuchs insofern abzuschwächen, als ein offizielles Kommuniqué die politische Bedeutung dieses Besuches verringern sollte. Endlich am Montag, den 8. Februar habe Sabri versprochen, die DDR nicht anzuerkennen. Am Dienstag, den 9. Februar habe Marques de Nerva endlich ein Telegramm aus Bonn erhalten.<sup>9</sup> Am gleichen Tage habe er auch Herrn Fawzi besucht. Ebenfalls am Dienstag sollte um 18 Uhr die ägyptische Nationalversammlung zu einer Vollsitzung zusammentreten. Ali Sabri habe die Sitzung aber unter dem Vorwand, daß 30 Parlamentsmitglieder ihn darum gebeten hätten, abgeblasen.

Am Mittwoch, den 10. Februar sei Nerva morgens um 10 Uhr erneut von Ali Sabri empfangen worden. Er habe ihm bei dieser Gelegenheit das deutsche Telegramm übersetzt. Ali Sabri sei sehr zufrieden gewesen und in seiner ganzen Haltung sei eine sichtbare Entspannung zu verzeichnen gewesen. Ali Sabri hätte erklärt, er wollte der Nationalversammlung über zwei oder drei Punkte dieses Telegrammes berichten<sup>10</sup>, insbesondere darüber, daß Deutschland sich bereit erklärt habe, keine Waffen mehr an Israel zu liefern. Er befürchte aber, daß die Nationalversammlung kein Vertrauen mehr zu der deutschen Regierung hätte. Andererseits würde natürlich ein entsprechendes Gesetz, das vom

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 10.

<sup>7</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen, vgl. zuletzt Dok. 70.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 61.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Dok. 59, Anm. 11.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen des ägyptischen Ministerpräsidenten vor dem Parlament vgl. Dok. 70, Anm. 13.

Bundestag verabschiedet würde, den Ägyptern eine zusätzliche Sicherheit geben. Ali Sabri hatte noch einmal wiederholt, daß man Ulbrichts Besuch nur als Höflichkeitsbesuch betrachten und ihm keine politische Bedeutung beimessen wollte. Er betonte, daß sich Ägypten stets dafür eingesetzt habe, die DDR nicht anzuerkennen, und daß ihm in dieser Haltung alle arabischen Länder und auch einige afrikanische Länder folgten. Nerva habe ihn daraufhin gefragt, ob Nasser die Absicht hätte, die sogenannte DDR zu besuchen. Sabri hätte gesagt, dies sei keineswegs geplant, und dieser Besuch würde nicht stattfinden. Nerva habe daraufhin wieder ein Telegramm nach Bonn geschickt und sich mit dem deutschen Geschäftsträger in Kairo, Herrn Dr. Müller, in Verbindung gesetzt.<sup>11</sup> Um 15.30 Uhr des gleichen Tages habe er Mahmoud Riad besucht, der ihm bei dieser Gelegenheit berichtete, daß sowohl der französische<sup>12</sup> wie der italienische Botschafter<sup>13</sup> ebenfalls ihre guten Dienste zur Vermittlung zwischen Kairo und Bonn angeboten hätten. Mahmoud Riad habe betont, daß Ägypten nur die Hilfe Spaniens angenommen hätte.

Im Laufe des gleichen Tages fand dann auch das Gespräch zwischen Nerva und Präsident Nasser statt. Nasser erklärte, alle Ereignisse auch von Alexandrien aus genau verfolgt zu haben. Er habe sogar sämtliche Kommentare der europäischen Radiostationen gehört. Nasser habe Nerva seine große Sympathie für das deutsche Volk zum Ausdruck gebracht und seine Dankbarkeit für die spanische Vermittlung betont. Er bezweifelte, so sagte Nasser, daß Ägypten das Gespräch mit Deutschland wieder aufgenommen hätte, wenn die spanischen guten Dienste nicht zu einem Erfolg geführt hätten. Nerva habe Nasser berichtet, er wolle nach Madrid zurückkehren und würde dann anschließend vielleicht nach Bonn fliegen, und fragte, was er der Presse sagen sollte. Nasser habe ihm darauf geantwortet, er könne sagen, die Mission habe zu einem Erfolg geführt.<sup>14</sup>

Marques de Nerva las nun einige Zeitungsausschnitte vor, aus denen zu entnehmen war, daß Ali Sabri der ägyptischen Nationalversammlung erklärt hat, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Waffen mehr an Israel liefern würde. Nerva sagte, das sei unfair von Ali Sabri gewesen. Er zeigte nun einige Briefe und Dokumente über das Ergebnis seiner Gespräche mit den Ägyptern. Er betonte, daß von spanischer Seite aus während dieser Gespräche vollkommenes Stillschweigen gewahrt worden sei. Die Presse habe nur durch die Ägypter davon erfahren. Bereits am Sonntag abend hätte der italienische Botschafter ihm, Marques de Nerva, erzählt, daß Mahmoud Riad berichtet habe, daß die Spanier ihre guten Dienste angeboten hätten. Nachdem also die Ägypt-

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 149 des Botschaftsrats I. Klasse Müller, Kairo, vom 10. Februar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>12</sup> Jacques Roux.

<sup>13</sup> Conte Massimo Magistrati.

<sup>14</sup> Zur spanischen Reaktion auf die Bemühungen des Vermittlers Marques de Nerva teilte Botschafter Allardt, Madrid, am 10. Februar 1965 mit, daß Außenminister Castiella „entsprechend spanischer Mentalität und hiesigem Prestigebedürfnis Nervas Versuch bereits als großen Erfolg“ gewertet habe. Auch die Presse sei „nicht daran gehindert worden, sich an der Einschaltung Spaniens so zu begeistern, daß darüber der eigentliche Anlaß und das einstweilen noch ausstehende Resultat völlig in den Hintergrund“ getreten seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

ter das Geheimnis preisgegeben hätten, sei er überall von der Presse verfolgt worden. Er habe der Presse nur erklärt, daß Spanien, das sowohl mit Deutschland wie mit den arabischen Ländern befreundet sei, zwischen diesen beiden Partnern vermitteln wolle. Spanien sei auch nicht direkt an dieser ganzen Angelegenheit interessiert, sondern wolle nur etwas tun, um den Frieden auf diesem Gebiete der Erde zu erhalten. Er sei aber durch die Erklärungen von ägyptischer Seite gezwungen worden, der Presse ebenfalls einige Erklärungen abzugeben.<sup>15</sup> Er habe aber nichts Konkretes berichtet, sondern nur gesagt, daß beide Seiten ihren guten Willen durch Gesten beweisen wollten. Marques de Nerva las dann aus einigen Zeitungsartikeln vor und betonte, die konkreten Aussagen, die in einigen von diesen Artikeln zu lesen waren, stammten nicht von ihm.

Marques de Nerva berichtete dann noch, er habe auf seinem Fluge von Kairo nach Madrid in Rom einen Zwischenaufenthalt gehabt. Er habe sich dort mit dem spanischen Außenminister in Verbindung gesetzt und von diesem Anweisung erhalten, sofort direkt nach Bonn weiterzufliegen, ohne erst nach Madrid zu kommen.

Abschließend berichtete Nerva noch über seine persönlichen Eindrücke von den Gesprächen mit den Ägyptern. Er meinte, die Kämpfe bei El Alamein seien entscheidend für das Verhältnis zwischen den Arabern und Deutschland gewesen.<sup>16</sup> Faruk und seine Leute seien für Großbritannien eingestellt gewesen, während die Gruppe der jungen Militärs, zu denen damals auch Nasser zählte, sehr prodeutsch eingestellt war. Diese tiefe Sympathie der Ägypter für das deutsche Volk sei immer wieder zum Ausdruck gekommen, sowohl in den Gesprächen mit Präsident Nasser wie auch mit Ali Sabri. Beide hätten ihm erzählt von der tiefen Achtung und Bewunderung des ägyptischen Volkes für die Tapferkeit der Deutschen, für ihr enormes wissenschaftliches und technisches Können sowie für das deutsche Volk im allgemeinen. Ägypten sei aber jetzt von der Haltung und der Handlungsweise der Bundesregierung verwirrt und enttäuscht und daher auch mißtrauisch geworden. Nasser habe darauf hingewiesen, daß die Juden in aller Welt von der Bundesrepublik Deutschland neun Billionen Dollar erhalten hätten. Das meiste davon sei Israel zugute gekommen.

Nerva habe Nasser um Verständnis für die Lage der Deutschen gebeten. Deutschland habe nun einmal den Krieg verloren, und diese Hilfe für die Juden sei mit eine Folge des verlorenen Krieges. Nasser habe ihm daraufhin geantwortet, daß diese Hilfe an die Juden letzten Endes auf Kosten der Araber

<sup>15</sup> In der ägyptischen Presse wurde die angebliche Einstellung der Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an Israel als ein „für die arabische Sache und den Frieden im Nahen Osten errungener Sieg“ gefeiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 156 des Legationsrats I. Klasse Müller, Kairo, vom 12. Februar 1965; Ministerbüro, Bd. 219.

<sup>16</sup> Bei El Alamein kam am 30. Juni 1942 durch britische Truppen unter General Auchinleck der Vorstoß der „Panzerarmee Afrika“ unter General Rommel in Richtung Suez-Kanal zum Stehen. In einer Erklärung vom 3. Juli 1942 versicherten das Deutsche Reich und Italien, daß bei einem weiteren Vorrücken auf Kairo die Unabhängigkeit und Souveränität Ägyptens geachtet würden. Am 23./24. Oktober 1942 ging die britische 8. Armee – seit dem 19. August 1942 unter dem Oberbefehl von General Montgomery – zur Großoffensive über und konnte am 12./13. November 1942 die am 20./21. Juni 1942 gefallene Festung Tobruk zurückerobern.



ginge und daß sie, die Araber, die Folgen davon tragen müßten. Die Ägypter vermuteten, daß Adenauer Ben Gurion in dem Geheimabkommen<sup>17</sup> Waffen im Werte von etwa 80 Millionen US-Dollar versprochen habe, und man müsse verstehen, wie sehr dieses das Vertrauen der Araber zu den Deutschen erschüttern mußte. Sowohl Nasser wie Ali Sabri hätten auf ihre Freundschaft zu Deutschland hingewiesen und betont, daß sie stets die Haltung der deutschen Regierung unterstützt hätten, insbesondere auch bei den Konferenzen der blockfreien Länder, wie zum Beispiel in Belgrad<sup>18</sup> und auch bei späteren Konferenzen in Afrika.<sup>19</sup> Nasser hätte gesagt, die Ägypter wollten grundsätzlich, daß alle Nationen der Erde in die UNO aufgenommen würden, denn sie hielten es für besser, wenn alle Völker in einem internationalen Forum gezwungen würden, miteinander zu sprechen. Die einzige Ausnahme hätte Ägypten für Deutschland gemacht, aber dieses Entgegenkommen hätte sich nicht ausgezahlt. Nasser wies auf die unerhörten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ägyptens hin. Er sagte, nach 1955 sei Ägypten gezwungen gewesen, sich zu bewaffnen, und müsse 130 Millionen Pfund Sterling pro Jahr für die Bewaffnung ausgeben. Das bedeutet also in zehn Jahren eine Billion 300 Millionen Pfund Sterling, also 3,6 Billionen US-Dollar. Nasser habe ausgerufen: „Stellen Sie sich vor, was wir auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete mit diesem Geld hätten tun können, wenn wir nicht so viel für unsere Verteidigung ausgeben müßten. Wenn nun die Bundesrepublik Deutschland den Israelis Waffen im Werte von 80 Millionen Dollar schickt, so bedeutet das, daß wir uns noch mehr anstrengen und noch mehr Geld für unsere Verteidigung ausgeben müssen.“ Nasser hätte ihm auch erzählt, daß Ägypten sich gezwungen gesehen habe, 30 Tonnen Gold zu verkaufen, und habe die spanische Regierung um eine Stundung der fünf Millionen Dollar gebeten, welche Ägypten den Spaniern schuldet. Die Spanier hätten sich bereit erklärt, Ägypten 50 000 Tonnen Zucker, 50 000 Tonnen Mais und 50 000 Tonnen Weizen zu schicken.

Dann sprach Nasser wieder von den deutsch-arabischen Beziehungen und sagte, Deutschland werde von den Vereinigten Staaten gedrängt.

Marques de Nerva gab seiner persönlichen Meinung Ausdruck, daß die Reaktion der Ägypter auch emotionell zu verstehen sei. Die Ägypter seien ganz einfach eifersüchtig. Nasser habe ihm erklärt: „Europa ist praktisch für uns Ara-

<sup>17</sup> Zu den Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion vom 14. März 1960 vgl. Dok. 2, Anm. 14.

<sup>18</sup> Die erste Konferenz der blockfreien Staaten fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 585–604.

Das Bundespresseamt informierte über die Rede des Präsidenten Nasser am 1. September 1961, in der auch die Deutschland-Frage angesprochen wurde: „President Nasser then dwelt on some international problems which at the moment are a menace to world peace, – primarily the problem of Berlin and Germany, which are responsible for the heightening of the cold war. The blocs have armed the two Germanys, which has gone to aggravate the solution of this problem. President Nasser said that the conflict which has come about in the German problem is due also to the armament race and failure to find a disarmament agreement. President Nasser considers that the participants in the conference of the unaligned countries should devote every attention to the basic world problems, leaving aside those minor ones so as to facilitate unity of will and action.“ Vgl. die Mitteilung des Presse- und Informationsamtes vom 1. September 1965; Referat 700, Bd. 758.

<sup>19</sup> Zum ägyptischen Verhalten auf der Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo; vgl. Dok. 1, Anm. 4.

ber verloren. Die Juden haben alle europäischen Länder angesteckt, Großbritannien, Frankreich usw. Wir haben praktisch nur noch zwei Freunde in Europa, das sind Deutschland und Spanien, und nun befürchten wir, auch Deutschland noch an Israel zu verlieren.“ Nerva fügte hinzu, er persönlich habe den Eindruck, daß Deutschland ein enormes Kapital an Sympathie und gutem Willen unter den arabischen Völkern besitze und daß Deutschland dieses Kapital beinahe verloren hätte. Nasser habe ihm erklärt, die Situation wäre jetzt vollkommen normal.

Staatssekretär *Carstens* dankte auch im Namen der Bundesregierung *Marques de Nerva* auf das allerherzlichste für seine Bemühungen. Er sehe sich allerdings außerstande, den Optimismus *Nervas* zu teilen, denn der Besuch *Ulbrichts* in Kairo stände immer noch bevor, und er werde sicherlich dem deutschen Volke und auch der deutschen Regierung einen tiefen Schock versetzen.

Der spanische Botschafter in Bonn, Herr *Erice y O'Shea*, erzählte, daß der König von Marokko bald zu einem Besuch nach Spanien käme<sup>20</sup>, und fragte, ob die Spanier den König um Vermittlung bitten sollten.

Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, er könne noch nicht darauf antworten, diese Frage müßte sehr vorsichtig erwogen werden. Er wies außerdem auf die Schwierigkeiten hin, die noch von seiten der deutschen Öffentlichkeit zu erwarten seien, und bat dringend<sup>21</sup> *Marques de Nerva*, der Presse gar keine Erklärungen zu geben.<sup>22</sup>

Das Gespräch endete um 12.15 Uhr.

VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär)

<sup>20</sup> Zum Besuch des Königs Hassan II. vom 15. bis 17. Februar 1965 in Spanien vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1965, Z 50.

<sup>21</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär *Carstens* handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> Zu den Bemühungen des spanischen Vermittlers *Marques de Nerva* stellte Staatssekretär *Carstens* am 17. Februar 1965 fest, daß *Nerva* „anscheinend den ihm gesetzten Rahmen überschritten“ habe, als er erklärte, bei den noch laufenden Lieferungen an Israel handle es sich nicht um „Kriegsmaterial“. Zudem habe er „auf ägyptischer Seite anscheinend den Eindruck erweckt, daß wir den *Ulbricht*-Besuch hinnehmen würden, wenn die VAR die SBZ nicht anerkenne und den *Ulbricht*-Besuch zu einem Höflichkeitsbesuch ohne politische Bedeutung herabstufte“. Der Staatssekretär fuhr fort, daß besonders die öffentlichen Erklärungen von *Nerva* zu bedauern seien. Einmal habe er sogar den Eindruck erweckt, „als ob wir uns der VAR gegenüber verpflichtet hätten, keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufzunehmen“. Vgl. VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

Am 12. Februar 1965 machte Staatssekretär *Carstens* Botschafter *Knapstein*, Washington, darauf aufmerksam, daß *Nerva* nicht ermächtigt gewesen sei, „zu erklären, daß unsere Waffenlieferungen an Israel sofort einseitig eingestellt würden; er hatte überhaupt keinen Auftrag, über die Frage diplomatischer Beziehungen zwischen uns und Israel zu sprechen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 147; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

*Carstens* wies am 13. Februar 1965 Botschafter *Allardt*, Madrid, an, der spanischen Regierung für ihre Bemühungen zu danken, aber jede Erklärung zu vermeiden, „die als ein Erfolgsattest gewertet werden könnte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 656; VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

Vgl. dazu weiter Dok. 77.

**Botschafter Knapstein, Washington, an Staatssekretär Carstens**

Z B 6-1-1394/65 geheim  
Fernschreiben Nr. 484  
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 12. Februar 1965, 15.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 12. Februar 1965, 21.49 Uhr

Für Staatssekretär

Betr.: Waffenlieferungen;  
hier: Gespräch mit Harriman<sup>2</sup>

Bezug: Drahterlaß vom 12.2.65 Nr. 147<sup>3</sup>

Ich habe die Demarche gemäß Bezugs-erlaß um 12.00 Uhr Ortszeit bei Harriman ausgeführt, der in Abwesenheit von Rusk Stellvertreter des amtierenden Außenministers Ball ist. Ich habe Harriman unseren Wunsch und seine Begründung mit großer Eindringlichkeit vorgetragen, dabei insbesondere auf die moralische Verpflichtung der Vereinigten Staaten hingewiesen und unterstrichen, daß die Bundesrepublik sich der womöglich schwersten außenpolitischen Krise seit ihrem Bestehen gegenübersehe. Wegen der Eilbedürftigkeit beschränke ich mich hier im einzelnen auf die Wiedergabe der Reaktion Harrimans.

Harriman erwiderte mir, daß er die Erfüllung unseres Wunsches nicht ablehnen wolle und die Angelegenheit sofort aufnehmen werde („take it up“), daß unsere Bitte jedoch in einem äußerst ungelegenen Augenblick komme und ihre Erfüllung die Vereinigten Staaten vor ein erhebliches Problem („a major problem“) stellen würde.<sup>4</sup> Diese Bemerkung wiederholte er mehrfach.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Für eine erste Kontaktaufnahme mit dem amerikanischen Außenministerium über den Wunsch der Bundesregierung, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen, vgl. Dok. 58.  
Zu den Waffenlieferungen vgl. Dok. 39.

<sup>3</sup> Staatssekretär Carstens wies Botschafter Knapstein, Washington, an, im amerikanischen Außenministerium darum zu bitten, daß die USA die Bemühungen der Bundesregierung, mit Israel zu einer Vereinbarung über die Ablösung der noch nicht abgewickelten Waffenlieferungen durch finanzielle Leistungen zu kommen, unterstützen. Er hob hervor, daß es darauf ankomme, „die Amerikaner schnell zu einer Aktivität gegenüber Israel“ zu bringen. Die USA seien „moralisch dazu verpflichtet“, denn – so Carstens mit Blick auf die Lieferungen der amerikanischen Panzer – „ohne den von den Amerikanern gegebenen Anstoß wäre die letzte Vereinbarung nicht zustande gekommen“. Vgl. VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Mit der Verweigerung jeglicher Stellungnahme hatte die amerikanische Regierung bereits bei ersten Gesprächen Ende Januar 1965 reagiert, als die Bundesregierung um Unterstützung bei der Abwicklung der Panzerlieferungen nachsuchte. Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens an die Botschaft in Washington und den Drahtbericht Nr. 326 des Botschafters Knapstein, Washington, vom 1. Februar 1965; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro).

Am 2. Februar 1965 teilte der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Harriman Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß die Bedenken der Bundesregierung „wegen einer über die Worte ‚no comment‘ hinausgehenden Äußerung sorgfältig geprüft“ worden seien. Das amerikanische Außenministerium sei dabei zu der Auffassung gekommen, „daß es für beide Seiten völlig harmlos sei, wenn außer dem ‚no comment‘ folgende Formulierung gebraucht würde: ‚It is not US policy to comment on military discussions or negotiations‘“. Diese Formulierung, so

Zur Begründung führte er aus, daß die amerikanische Regierung unmittelbar vor Verhandlungen mit der israelischen Regierung über eine Anzahl ungelöster Verteidigungs- und Rüstungsfragen stehe, die sehr schwierige Probleme aufwürfen. Die Vereinigten Staaten müßten es dabei aus politischen Gründen vermeiden, öffentlich als Lieferer aufzutreten<sup>5</sup>, aber jedermann wisse, daß sie Israel verpflichtet seien. („Everybody knows our commitment.“) In einem Augenblick, wo man sich anschicke, mit Israel das komplizierte Problem seiner Rüstungsanforderungen zu erörtern, sei es besonders schwierig, auf die dortige Regierung einzuwirken, auf Lieferungen von anderer Seite zu verzichten.

Tatsächlich sei es so, daß unsere Bitte sich mit einem umgekehrten Anliegen der Vereinigten Staaten kreuze. Man habe zwar nicht daran gedacht, uns geradezu zu ersuchen („request“), die vereinbarte Lieferung der Panzer an Israel vollständig durchzuführen, aber man wolle „unsere Aufmerksamkeit darauf lenken“, daß es sehr unwillkommen („embarassing“) für die Vereinigten Staaten wäre, wenn wir die zugesagten Panzer nicht lieferten. Dabei gehe es nicht um unsere anderen Waffenlieferungen an Israel<sup>6</sup>, sondern um die Panzer. Die amerikanische Regierung wäre dann gezwungen, für Ersatzlieferungen an Israel Sorge zu tragen, und könnte dies kurzfristig nur durch direkte Verkäufe tun, was sie immer vermieden habe. Es sei in diesem Zusammenhang wichtig zu wissen, wieviele Panzer wir bereits geliefert oder verschifft hätten, denn davon hänge es ab, welche Fristen man gegebenenfalls für die Ersatzbestellung habe. Zugegebenermaßen sei die unmittelbare Gefahr für Israel noch nicht gegeben, sie werde erst in einiger Zeit gegeben sein („the danger mark lies some time ahead“). Je mehr Panzer wir aber verschifften, desto eher ließe sich das Problem für die Vereinigten Staaten lösen.<sup>7</sup>

Es sei richtig, daß der israelischen Regierung auch von amerikanischer Seite klar gemacht worden sei, daß das Geschäft beendet sein würde, wenn es in die Öffentlichkeit dringen sollte (Gespräch Bundeskanzler – McNamara).<sup>8</sup> Diese Bedingung habe sich jedoch nach amerikanischer Auffassung ausschließlich auf eine mögliche Indiskretion von israelischer Seite bezogen. Tatsächlich sei die Indiskretion nach allem, was man feststellen könne, und wie er mir bereits

*Fortsetzung Fußnote von Seite 313*

Harriman, lasse keinen Rückschluß darauf zu, „ob irgendwelche Transaktionen stattgefunden hätten oder nicht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 335 aus Washington vom 2. Februar 1965; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>5</sup> Der Passus „müßten ... aufzutreten“ wurde von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

<sup>6</sup> Zum Umfang der übrigen Waffenlieferungen vgl. Dok. 39.

<sup>7</sup> Am 12. Februar 1965 fragte Botschafter Knappstein an, „ob die Feststellung, daß 80 Prozent der Lieferungen ausgeführt“ seien, sich auf die Gesamtheit der deutschen Ausrüstungshilfe an Israel beziehe oder lediglich „auf die Teilvereinbarung über die Lieferung der Panzer“. Weiterhin wollte Knappstein wissen, wieviele der Panzer bereits geliefert oder schon verschifft seien. In einem handschriftlichen Vermerk beantwortete Staatssekretär Carstens die erste Frage mit „Ja“, die zweite mit „60 von 150“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>8</sup> Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.

gesagt habe, von irgendeiner Seite in Bonn ausgegangen, man wisse nur nicht von welcher.<sup>9</sup>

Harriman kam in dem Gespräch immer wieder darauf zurück, wie wichtig die Panzerlieferungen durch uns in amerikanischer Sicht seien und betonte mehrfach, daß es um so leichter sein würde, den Ausfall zu ersetzen, je mehr wir bereits geliefert hätten oder noch liefern würden.

Zur Illustration der eigenen Anstrengungen wies er auf die Lieferung von 250 britischen Panzern hin, die von amerikanischer Seite teilausgestattet würden.

Auf die Frage Harrimans, ob wir uns Ägypten gegenüber nicht lediglich verpflichtet hätten, keine neuen Vereinbarungen über weitere Waffenlieferungen abzuschließen, habe ich erwidert, daß über den Kabinettsbeschluß<sup>10</sup> hinaus zunächst überhaupt keine definitiven Abreden getroffen worden seien. Deswegen verhandelten wir noch mit Israel mit dem Ziel, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen.<sup>11</sup> Es sei jedoch nach dem Ergebnis der in Kairo stattgehabten Kontakte unzweifelhaft klar, daß wir die in ihren Folgen unabsehbare Anerkennung der SBZ durch Ägypten nur unter der Bedingung vermeiden könnten, daß sämtliche Waffenlieferungen an Israel sofort eingestellt würden.<sup>12</sup>

Ich habe, wie eingangs berichtet, gegenüber den Argumenten Harrimans immer wieder auf die vitalen Interessen hingewiesen, die für uns auf dem Spiel stünden, habe indessen von dem Gespräch insgesamt keinen positiven Eindruck bekommen. Dies vor allem hat mich bewogen, Bundy zum ehesten Zeitpunkt (15.00 Uhr Ortszeit) aufzusuchen, da ich den Eindruck habe, daß unser Wunsch dem Präsidenten persönlich alsbald mitgeteilt werden muß.<sup>13</sup>

Aus einem kurzen anschließenden Gespräch mit dem anwesenden Vertreter der Deutschlandabteilung bestätigte sich mein Eindruck, daß die amerikani-

<sup>9</sup> Zu dieser Vermutung vgl. Dok. 57, Anm. 3.

<sup>10</sup> Zum Beschluß des Bundeskabinetts vom 27. Januar 1965 vgl. Dok. 40. Vgl. dazu auch die Entscheidung des Bundeskanzlers Erhard vom 3. Februar 1965; Dok. 57, Anm. 2.

Zur Bekanntgabe dieses Beschlusses vgl. Dok. 70, Anm. 19.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Dok. 70.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 61.

<sup>13</sup> Botschafter Knapstein, Washington, informierte Staatssekretär Carstens am 12. Februar 1965, daß das Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten „leider insgesamt nicht positiver“ verlaufen sei als das mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Harriman. Bundy habe die Frage aufgeworfen, ob sich die Bundesregierung darüber im klaren sei, daß sie, wenn sie erst einmal „der Erpressung“ durch die VAR nachgegeben habe, „ständig neu erpreßt“ werden würde. Knapstein habe hervorgehoben, daß die Bundesregierung bereit sei, die noch ausstehenden Waffenlieferungen mit Geldzahlungen abzulösen, und darauf aufmerksam gemacht, daß es „ja andere Länder mit ausgezeichneter Waffenproduktion [gebe], die bei weitem nicht in dem Maße wie wir dem Druck der arabischen Staaten ausgesetzt seien“. Bundy habe im Gegenzug darauf hingewiesen, daß die USA unter einem „starken ‚von Israel ausgehenden‘ Druck“ stünden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

sche Regierung einem beträchtlichen innenpolitischen Druck seitens interessierter Kreise ausgesetzt ist.<sup>14</sup>

[gez.] Knapstein

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

## 75

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem ägyptischen Botschafter Mansour

Z A 5-26.A/65 geheim

13. Februar 1965<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 13. Februar 1965 um 11.00 Uhr den Botschafter der Vereinigten Arabischen Republik, Herrn Gamal Eddine Mansour, zu einem Gespräch, an dem Vortragender Legationsrat I. Klasse Dr. Schirmer teilnahm.

Der Herr *Bundesminister* erklärte, er wolle selbst dem Botschafter die Sorgen darlegen, die man sich im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ulbricht-Besuch in Kairo<sup>2</sup> hier mache. Wegen der besonderen Position der VAR handele es sich für die Bundesregierung bei dem Besuch nicht nur um ein bilaterales, sondern um ein multilaterales Ereignis, da es die gesamte neutralistische Welt berühre. Deswegen habe man deutscherseits die begründete Sorge, daß dieser Besuch Schule machen und zu einer wesentlichen Aufwertung der SBZ führen werde. Aus diesem Grunde sei bei allen geplanten Gegenmaßnahmen dieser besondere Gesichtspunkt im Hinblick auf die abschreckende Wirkung auf andere zu berücksichtigen. Man könne nicht anders, als den Besuch im Zusammenhang mit dem früheren Verhalten der VAR zu sehen. Kairo sei die erste Hauptstadt der neutralistischen Welt gewesen, in der sich, seit 1957,

<sup>14</sup> Zu den Interventionen jüdischer Interessenverbände vgl. bereits Dok. 58.

Am 13. Februar 1965 teilte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium Tyler Botschafter Knapstein, Washington, mit, daß sich die amerikanische Regierung nicht in der Lage sehe, den Wunsch der Bundesregierung nach diplomatischer Unterstützung zu erfüllen. Knapstein kam zu dem Schluß, daß diese Entscheidung „endgültig“ sei. Seiner Ansicht nach spielten dabei auch „innerpolitische Pressionen“ mit, die sich in einer „steigenden Zahl eingehender Telegramme“ sowie darin äußerten, daß „die Vertreter von Organisationen der interessierten Kreise hier gestern im State Department vorgesprochen und die Möglichkeit einer allgemeinen Kampagne (nationwide campaign) gegen uns wegen der Einstellung der Waffenlieferungen erörtert haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 494; VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Februar 1965 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 16. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 73. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

eine Handelsvertretung und ein Generalkonsulat der Zone niedergelassen hätten.<sup>3</sup> Andere Länder seien diesem Beispiel gefolgt<sup>4</sup>, wodurch den deutschen Interessen erheblicher Schaden zugefügt worden sei. Kairo sei auch die erste und einzige Hauptstadt außerhalb der kommunistischen Welt, in der sich ein politischer Beauftragter mit dem Titel Botschafter befinde, und so sei Kairo zu einem Zentrum der Propaganda und Intrigen für den gesamten asiatischen und afrikanischen Raum geworden, wodurch den politischen Interessen der Bundesrepublik ständig schwerer Schaden zugefügt werde. Grotewohl sei mit allen Ehren empfangen und mit dem höchsten Orden ausgezeichnet worden.<sup>5</sup> In dem Ulbricht-Besuch sehe man den Höhepunkt einer Kette von Ereignissen, und damit werde sozusagen die Axt an die Wurzel der deutschen Politik angelegt. Deshalb dürfe es nicht überraschen, wenn die deutsche Reaktion sehr nachdrücklich und heftig sei.

Andererseits sei man sich durchaus bewußt, daß auch positive Tatsachen zu verzeichnen seien. So habe Präsident Nasser auf der Belgrader Konferenz 1961<sup>6</sup> und auf der jüngsten Kairoer Konferenz<sup>7</sup> sich in aner kennenswerter Weise für die nationalen Interessen Deutschlands eingesetzt. Beim Abwägen der positiven und negativen Elemente überwögen aber die letzteren bei weitem. Aus diesen Beobachtungen und Erfahrungen habe man den Eindruck gewonnen, daß die ägyptische Haltung der Bundesrepublik gegenüber zweigleisig sei. In der Entwicklung sei nunmehr ein Punkt eingetreten, wo die Bundesregierung ihre künftige Politik gegenüber den neutralen Ländern überprüfen müsse, wobei sie sich vor der Frage sehe, ob sie nicht genötigt sei, zu unterscheiden zwischen solchen Ländern, die den deutschen Standpunkt unterstützten und solchen, die dies nicht täten. Für die Zukunft komme dem große Bedeutung zu.

Er glaube, daß diejenigen Kräfte im neutralistischen Lager, die auf die SBZ rechneten und sie auch unterstützten, einen schwerwiegenden Fehler begingen, da die deutsche Frage niemals im Ulbricht'schen Sinne entschieden werde. Die Lösung werde sicher anders aussehen, und deshalb glaube man, daß, wenn es bald ein starkes wiedervereinigtes und unabhängiges Deutschland gebe, dieses Deutschland ein natürlicher Freund der afrikanischen und asiatischen Länder wäre.

Er wisse nicht, ob der Botschafter die Reaktion der deutschen Öffentlichkeit während der letzten Tage verfolgt habe, doch könne er sagen, daß die deut-

<sup>3</sup> Die DDR eröffnete bereits 1959 ein Generalkonsulat in Kairo, dem allerdings seitens der ägyptischen Regierung kein Exequatur erteilt wurde.

<sup>4</sup> So entschied beispielsweise die ceylonesishe Regierung am 14. Februar 1964, ein Generalkonsulat der DDR in Colombo zuzulassen. Vgl. dazu Dok. 72.

Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die Eröffnung eines Generalkonsulats der DDR in Daressalam zu verhindern, vgl. Dok. 68.

Zu den Beziehungen zwischen der DDR und Guinea, Mali und Ghana vgl. Dok. 51, Anm. 7 und 8.

<sup>5</sup> Der Ministerpräsident der DDR hielt sich vom 4. bis 8. Januar 1959 in der VAR auf. Grotewohl wurde mit dem „Cordon du Nile“ ausgezeichnet. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR VII, S. 560.

<sup>6</sup> Zur ersten Konferenz der blockfreien Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 73, Anm. 18.

<sup>7</sup> Zur Konferenz der blockfreien Staaten vom 5. bis 10. Oktober 1964 in Kairo vgl. Dok. 1, Anm. 4.

sche Öffentlichkeit und besonders die jüngere Generation Priorität für das Anliegen der Wiedervereinigung verlange, und es deshalb auch zu Reaktionen kommen müsse, wo man dieses Anliegen gefährdet sehe. Dies sei der Grund der starken Reaktion gegen den Ulbricht-Besuch, dem die Bundesregierung mit großer Sorge entgegentreffe, weil er eine schädigende, bedauerliche und erschwerende Auswirkung für das deutsch-ägyptische Verhältnis nach sich ziehen würde.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß die bisherige Politik seines Landes die Wiedervereinigung des geteilten Deutschland befürwortet habe. Bei seinem letzten Zusammentreffen mit dem Herrn Minister habe er auch betont, daß seine Regierung gegen die Teilung Deutschlands sei. Man verstehe das Problem der deutschen Teilung sehr gut, man wisse, was die Mauer bedeute, weil man im arabischen Bereich etwas Ähnliches habe. Auch in Palästina gebe es eine Mauer, welche die arabische Nation teile. Bei verschiedenen Anlässen habe Präsident Nasser darauf hingewiesen, daß er für die Wiedervereinigung der beiden Deutschland sei.

Fünf Tage vor seiner Abreise sei er mit Herrn Dr. Schirmer zusammengetroffen<sup>8</sup> und habe ihm bei der Gelegenheit gesagt, die Bundesregierung sollte die Regierung der VAR nicht in eine so schwierige Situation bringen, in der sie Maßnahmen ergreifen müßte, die sie nicht ergreifen wolle.

Bei einer generellen Betrachtung der Lage komme man zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik dem Staate Israel jede erdenkliche Unterstützung habe zuteil werden lassen. Man könne sich nicht vorstellen, wie heftig und schlecht die Reaktion nicht nur in der VAR, sondern auch in anderen arabischen Ländern gewesen sei, als bekanntgeworden sei, daß Deutschland, das man immer als großen und treuen Freund betrachtet habe, an Israel Waffen liefere<sup>9</sup>, mit denen Soldaten und Söhne der Araber getötet werden sollten. Gerade wegen der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschland und Ägypten seien die Überraschung und der Schock um so größer gewesen.

Wenn die Bundesregierung die Existenz der DDR nicht anerkenne, so erkenne Ägypten die Existenz Israels nicht an. Viele Länder hätten Israel anerkannt, einige Länder hätten die DDR anerkannt, doch nach deutscher Auffassung gebe es keine DDR, nach ägyptischer Auffassung gebe es kein Israel. Deshalb

<sup>8</sup> Am 8. Dezember 1964 fand eine Unterredung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer mit dem ägyptischen Botschafter statt. Mansour äußerte die Bitte, die Bundesregierung möge „keine Maßnahmen ergreifen, die die VAR-Regierung und Staatspräsident Nasser zwingen könnten [...], ihrerseits Handlungen zu vollziehen, die der deutsch-arabischen Freundschaft abträglich wären“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 10. Dezember 1964; VS-Bd. 2195 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>9</sup> Am 12. Februar 1965 sprach der ägyptische Botschafter gegenüber Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schirmer die Warnung aus, die Bundesregierung solle sich nicht über die von dem spanischen Vermittler Marques de Nerva hinsichtlich der Waffenlieferungen an Israel ausgehandelten Abmachungen hinwegsetzen. Sollte Präsident Nasser durch den ägyptischen Geheimdienst über den Fortgang der Waffenlieferungen informiert werden, werde er „die schärfsten Konsequenzen ziehen“, nämlich die Beziehungen zur Bundesrepublik abbrechen und die DDR diplomatisch anerkennen. Vgl. die Aufzeichnung von Schirmer vom 12. Februar 1965; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.



sei die Frage der Waffenlieferungen an Israel für Ägypten eine Frage auf Leben und Tod.

Was den Ulbricht-Besuch angehe, so habe Ulbricht bereits vor drei Jahren um eine Einladung gebeten. Eingedenk der guten Beziehungen zwischen der VAR und der Bundesrepublik sei aber dieser Besuch immer wieder hinausgeschoben worden. Nunmehr habe aber die einzige Möglichkeit, der eigenen Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, darin bestanden, Ulbricht einzuladen.<sup>10</sup>

Arabischerseits habe man verschiedentlich versucht, die Bundesregierung zur Einstellung der Waffenlieferungen an Israel zu bewegen, doch seien alle diese Bemühungen vergeblich gewesen. Der Botschafter bezog sich auf die Äußerungen Ministerpräsident Sabris, wonach Ägypten für die Wiedervereinigung Deutschlands und eine Fortsetzung der Freundschaft zwischen der VAR und der Bundesrepublik sei. Er selbst habe der Parlamentssitzung beigewohnt, auf der Sabri gesprochen habe<sup>11</sup>, und sei beeindruckt gewesen, in wie beredten Worten die meisten Parlamentarier ihrer Enttäuschung und Sorge Ausdruck verliehen hätten.

Der Herr *Bundesminister* führte zur Frage der Waffenlieferungen aus, die ägyptische Regierung und die anderen arabischen Regierungen seien davon unterrichtet worden, daß die Bundesregierung beschlossen habe, keine neuen Verpflichtungen zur Lieferung von Waffen in den Nahen Osten einzugehen, und daß dies Teil ihrer Politik sei, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern. Diese Entscheidung sei auch vom Bundeskanzler vor der Auslandspresse im einzelnen dargelegt worden.<sup>12</sup> Daran werde man sich mit Sicherheit halten können. Gegenüber Israel gebe es einen nicht sehr bedeutenden Teil einer gegebenen Zusage, und man habe deutscherseits die Vorstellung, diesen Restteil abzulösen. Darüber fänden derzeit Verhandlungen mit Israel statt<sup>13</sup>, und er hoffe, daß damit die Frage abgeschlossen sei.

Auf die Frage des *Botschafters*, ob die Bundesregierung beabsichtige, eine offizielle Erklärung abzugeben, antwortete der Herr *Minister*, der Bundeskanzler habe am Vortage wiederholt, was bereits in anderer Form gesagt worden sei. Dies sei auch gegenüber den anderen arabischen Ländern erklärt worden und sei auch in den Instruktionen enthalten gewesen, die dem spanischen Ver-

<sup>10</sup> Während eines Mittagessens mit Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schirmer und dem zur Berichtertattung nach Bonn gerufenen Botschafter Federer am 15. Februar 1965 hob der ägyptische Botschafter hervor, daß weder eine Absage noch eine Verschiebung des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht in der VAR möglich sei. Lediglich eine protokollarische Herabstufung könne in Erwägung gezogen werden. Allerdings sei er von Präsident Nasser beauftragt worden, „alles zu tun, um die deutsch-ägyptischen Beziehungen aufrechtzuerhalten“. Federer und Schirmer wiesen Mansour dagegen darauf hin, daß „die Bundesregierung unter keinen Umständen den Eindruck erwecken könne, als wolle sie sich mit dem Ulbricht-Besuch auch nur implizite abfinden“. Vgl. die Aufzeichnung von Schirmer vom 15. Februar 1965; VS-Bd. 2637 (I B 4); B 150, Aktienkopien 1965.

<sup>11</sup> Zu den Äußerungen des ägyptischen Ministerpräsidenten vom 10. Februar 1965 vgl. Dok. 70, Anm. 13.

<sup>12</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 12. Februar 1965 vgl. BULLETIN 1965, S. 218 f.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Dok. 70 und weiter Dok. 120.

mittler de Nerva erteilt worden seien.<sup>14</sup> Auch habe der offizielle Sprecher der Bundesregierung im einzelnen zu dieser Frage Stellung genommen.<sup>15</sup>

Der *Botschafter* sagte, er könne dann wohl seine Regierung davon unterrichten, daß die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ausreichend sei.

Wie der Herr *Minister* betonte, sei ihm daran gelegen, dem Botschafter mit der Bitte um Unterrichtung seiner Regierung darzulegen, daß die Bundesregierung wegen des bevorstehenden Ulbricht-Besuchs in ernster Sorge sei, in welche Lage sie dadurch gebracht würde, und daß sie die größte Sorge hinsichtlich der künftigen deutsch-ägyptischen Beziehungen habe, wenn der Ulbricht-Besuch stattfinde. Er habe ihm erklären wollen, wie ernst die Bundesregierung den angekündigten Ulbricht-Besuch betrachte, und daß sie davon überzeugt sei, daß dieser Besuch nicht ohne schwerwiegende Belastung und Beeinträchtigung des deutsch-ägyptischen Verhältnisses stattfinden könne.

Der *Botschafter* sagte, er hoffe, eine solche Beeinträchtigung werde nicht erfolgen. Er wies noch einmal darauf hin, daß die von Deutschland dem Staate Israel gewährte Unterstützung sehr viel dazu beigetragen habe, die Existenz Israels zu festigen. Wenn die Deutschen auch eine Gewissensschuld wegen der unter den Nationalsozialisten den Juden zugefügten Verbrechen empfänden, so sei doch nicht einzusehen, daß hierfür die Araber den Preis zahlen sollten.

Wie der Herr *Bundesminister* erklärte, seien die deutsch-israelischen Beziehungen außerordentlich kompliziert wegen der Belastung unserer Vergangenheit, die gegenüber den Juden eine schwere Schuld bedeute. Deutscherseits habe man sich darum bemüht, diesem Tatbestand zu entsprechen, gleichzeitig aber versucht, die wertvolle und alte Freundschaft zwischen den arabischen Ländern und Deutschland nicht zu gefährden, weil der Bundesregierung an dieser Freundschaft so viel gelegen sei. Es sei nur die Freundschaft mit den arabischen Ländern und die ägyptische Haltung gegenüber Israel gewesen, welche die Bundesregierung daran gehindert habe, ihre Beziehungen mit Israel zu normalisieren. Vielleicht wären einige unserer Probleme einfacher, wenn die Beziehungen normalisiert worden wären, da dann die Beziehungen vielleicht besser, offener und unbeschwerter wären als heute. Man befinde sich in einem schwierigen Dilemma, das man aber nicht ohne weiteres lösen könne, hoffe aber, daß die arabischen Freunde dafür Verständnis hätten. Andererseits sei die Beziehung, die die arabische Welt zu einem Teil Deutschlands habe, nicht vergleichbar mit der Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Israel. Die beiden Dinge könnten nicht miteinander verglichen werden, und eine Gleichsetzung von Israel und Pankow sei nicht möglich, da ihr die historische Grundlage fehle. Deshalb betrachte die Bundesregierung alles, was die VAR gegenüber Pankow unternehme, als einen gegen die Bundesrepublik gerichteten unfreundlichen Akt, für den es weder historisch noch sonstwie eine Notwendigkeit gebe. Hierdurch würde die Position der Bundesrepu-

<sup>14</sup> Zu den Instruktionen für den Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Marques de Nerva, vgl. auch Dok. 59, Anm. 11.

<sup>15</sup> Zur Verlautbarung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 12. Februar 1965 vgl. Dok. 70, Anm. 19.

blik, die einen Alleinvertretungsanspruch erhebe, schwerwiegend beeinträchtigt werden.

*Dr. Schirmer* verwies auf die moralische Verpflichtung, die die Bundesrepublik gegenüber Israel habe, wogegen von einer moralischen Verpflichtung Ägyptens gegenüber Pankow nicht die Rede sein könne.

Der *Botschafter* erwiderte, wenn jemand die Feinde Ägyptens unterstütze, so sei darin eine unfreundliche Haltung zu erblicken. Israel sei aber der größte Feind Ägyptens.

Der Herr *Minister* sagte, die Durchführung des Ulbricht-Besuches werde mit Gewißheit in der Bundesrepublik Reaktionen gegenüber der VAR auslösen, die man gerne vermeiden würde, die dann aber unausweichlich wären. Diese Reaktionen würden das deutsch-ägyptische Verhältnis unweigerlich berühren.

Der *Botschafter* bemerkte, der Ulbricht-Besuch könne in keiner Weise mit der Lieferung von Waffen verglichen werden, mit denen Araber getötet werden sollten.

Der Herr *Bundesminister* sagte, er müsse das Argument zurückweisen, daß mit den von der Bundesrepublik gelieferten Waffen Araber getötet werden sollten. Dem *Botschafter* sei bekannt, daß in jenem Bereich ein Wettrüsten stattfinde, und wenn man diese Frage aufwerfen wolle, müsse man auch von der enormen militärischen Hilfe sprechen, welche die VAR von der Sowjetunion<sup>16</sup> erhalte. Er wolle deshalb die Frage offen lassen, wer in diesem Wettrüsten führe.

Was die Zeitungsberichte angehe, so seien die darin genannten Zahlen übertrieben.<sup>17</sup> Es treffe auch nicht zu, daß ein früher geschlossenes Abkommen vor kurzem um 320 Millionen DM aufgestockt worden sei. Die in Zeitungen genannten Zahlen über das Ausmaß der militärischen Ausrüstungshilfe gingen weit über die Fakten hinaus. Was übrig bleibe, sei nur ein unbedeutender Rest, der abgelöst werden solle. Neue Kontrakte würden nicht abgeschlossen. Die Erklärung der Bundesregierung zu dieser Frage sei sehr klar gewesen.

Der *Botschafter* sagte abschließend, seine Aufgabe sehe er darin, die Dinge zu glätten und sie nicht zu erschweren.

Die Unterredung endete kurz vor 12.00 Uhr.

VS-Bd. 8513 (Ministerbüro)

<sup>16</sup> Zur sowjetischen Wirtschafts- und Ausrüstungshilfe für die VAR vgl. Dok. 10, Anm. 8.

<sup>17</sup> Zur Berichterstattung über die Waffenlieferungen an Israel in der ägyptischen Presse vgl. auch Dok. 61, Anm. 5.

## 76

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Krapf**

II 7-81.08-5/681/65 geheim

15. Februar 1965

Betr.: MLF/ANF

Gesandter Tomkins übergab mir heute beiliegende, ausdrücklich als „in-offizielle Gedächtnisstütze“ bezeichnete Notiz<sup>1</sup>, mit der vorgeschlagen wird, daß

– die Verhandlungen über die MLF/ANF multilateral zwischen allen aktiv interessierten NATO-Partnern auf der Ebene der „Deputy Secretaries“ (Ministerialdirektoren) fortgeführt werden;

– dieses Verfahren von den Briten und uns den Amerikanern möglichst bald, evtl. bereits vor dem Besuch von Wilson in Bonn (7./8. März)<sup>2</sup>, vorgeschlagen wird.

Auf britischen Wunsch soll hierüber der Öffentlichkeit nichts bekannt gegeben werden und die Verhandlungen mit einem Höchstmaß von Geheimhaltung geführt werden. Als Verhandlungsort werden Den Haag, London oder Rom – dagegen nicht Paris – vorgeschlagen.<sup>3</sup>

Es wird vorgeschlagen, dem britischen Vorschlag mit dem Bemerkten zuzustimmen, daß wir es begrüßen würden, wenn wir noch vor dem Besuch von Premierminister Wilson in Bonn die in der beiliegenden Notiz erwähnten Bemerkungen zu unserer Stellungnahme vom 18. Januar<sup>4</sup> erhalten könnten.

Begründung:

Wir haben in der Frage der MLF/ANF seit zwei Jahren immer und gerade auch gegenüber den Briten auf eine multilaterale Verhandlungsführung gedrängt. Wir können uns somit dem jetzt vorliegenden Angebot kaum entziehen. In der (vermutlich inspirierten) Presseberichterstattung aus London<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 1371 (II A 7).

<sup>2</sup> Zum Besuch des britischen Premierministers in der Bundesrepublik vgl. Dok. 122.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske führte am 1. März 1965 ein Gespräch mit dem britischen Botschaftsrat Stark. Zu dem am 15. Februar 1965 übergebenen Verfahrensvorschlag erklärte er, daß die Bundesregierung vor dem Besuch des Premierministers Wilson in Bonn keine neue Initiative ergreifen wolle, und führte aus, daß zudem „eine gewisse Neigung“ bestehe, „die anschließenden Gespräche nicht auf der Ebene der Ministerialdirektoren, sondern zunächst bilateral fortzuführen und sie dann in die Arbeitsgruppe in Paris überzuleiten“. Stark gab demgegenüber zu bedenken, daß in Paris „unter Umständen negative Einflüsse von französischer Seite zu erwarten seien“. Vgl. den Vermerk von Scheske vom 1. März 1965; VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktienkopien 1965.

<sup>4</sup> Vgl. Dok. 21.

<sup>5</sup> So wurde in der Presse hervorgehoben, daß die Stellungnahme der Bundesregierung zum ANF-Vorschlag in Großbritannien durchaus positiv aufgenommen worden sei und als „Grundlage für weitere Diskussionen und Verhandlungen“ erachtet werde. Auch der Wunsch der Bundesregierung nach Unterstellung einer MLF/ANF unter SACEUR werde „in London als eine durchaus in Erwägung zu ziehende Alternative zu dem britischen Vorschlag [...] angesehen“. Vgl. den Artikel

wird auf eine weitgehende sachliche Übereinstimmung zwischen London und Bonn hingewiesen. Ein Zögern der Bundesregierung in der Fortführung der Verhandlungen würde den Briten die Möglichkeit geben, uns die Schuld für ein eventuelles Scheitern des Projekts zuzuschieben.

Der britischen Aktivität in der Frage der ANF scheinen folgende Motive zugrunde zu liegen:

- Ein Scheitern oder Versanden der Verhandlungen gefährdet das von den Briten mit der ANF vorrangig angestrebte Ziel einer Vereinbarung über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen.<sup>6</sup>
- Die Briten müssen befürchten, daß bei Fortbestehen des amerikanischen Interesses an der MLF das amerikanische Projekt wieder in den Vordergrund rückt, falls die britischen Vorschläge nicht aktiv verfolgt werden.
- Es entspricht dem britischen Interesse an einer verstärkten britisch-amerikanischen Zusammenarbeit in Übersee (Südost-Asien), daß auch innerhalb der NATO die britisch-amerikanische Zusammenarbeit harmonisiert wird.
- Innenpolitisch käme die britische Regierung bei einer Verschleppung der Verhandlungen in eine Zwangslage, da sie dann entweder die konservative Politik einer nationalen britischen Nuklearrüstung fortführen oder die mit der britischen Werftindustrie bestehenden Verträge über den Bau von 4 Polaris-U-Booten<sup>7</sup> kündigen oder ändern müßte. Nach der Annullierung wesentlicher Aufträge in der Luftfahrtindustrie<sup>8</sup> würden zusätzliche Einschränkungen bei Aufträgen an die Werftindustrie die britische Regierung in große Schwierigkeiten bringen.

Der Hinweis in Ziffer 7 der beiliegenden britischen Notiz auf die Kostenaufteilung wird dem von uns dargelegten Grundsatz einer harmonischen Verteilung der substantiellen Beiträge innerhalb der MLF/ANF nicht ganz gerecht. Die Briten scheinen jedoch in Fragen des Aufbaus der MLF/ANF zu Konzessionen bereit, sofern das von ihnen angestrebte Abkommen über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen zustande kommt.<sup>9</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 322*

„London gibt Gespräch mit Bonn über Atomflotte gute Chancen“; *DIE WELT*, Nr. 38 vom 15. Februar 1965, S. 4.

<sup>6</sup> Zum Problem der Nichtverbreitung im Zusammenhang mit einer ANF vgl. Dok. 12, besonders Anm. 10. Vgl. dazu auch Dok. 20.

<sup>7</sup> Die Ausrüstung der britischen Marine mit Polaris-Raketen, die auf U-Booten stationiert werden sollten, ging auf eine Vereinbarung des Präsidenten Kennedy mit Premierminister Macmillan vom 18. bis 21. Dezember 1962 in Nassau (Bahamas) zurück. Vgl. dazu Dok. 20, Anm. 4.

<sup>8</sup> Zur Entscheidung der „Lufthansa“ gegen den Erwerb britischer Flugzeuge vom Typ BAC 1-11 vgl. Dok. 93, Anm. 3.

<sup>9</sup> Am 16. Februar 1965 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), von einer Unterredung mit dem britischen Ständigen Vertreter bei der NATO in Paris. Shuckburgh habe ausgeführt, ihm selbst erschienen „Paris und die bisher für die MLF-Verhandlungen benützte Maschinerie“ als der geeignetste Rahmen für die vorgeschlagenen multilateralen Gespräche. Nach Auffassung von Grewe sollte sich die Bundesregierung dagegen „zunächst mit den Amerikanern, Italienern und Niederländern abstimmen und versuchen, neue ‚terms of reference‘ zu erarbeiten, die nicht mit den bisherigen Dokumenten identisch sind. Dabei sollte von vornherein die Verknüpfung einer künftigen gemeinsamen Atomstreitmacht mit einem Nicht-Verbreitungs-Abkommen der beteilig-

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>10</sup> vorgelegt.

Krapf

VS-Bd. 1371 (II A 7)

77

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I B 4-83.00/90.35/290/65 geheim

15. Februar 1965

Betr.: Unterrichtung des Bundeskabinetts<sup>1</sup> über den gegenwärtigen Stand der Nahostkrise durch den Herrn Bundesminister

Bezug: Mündliche Weisung des Herrn Staatssekretärs I<sup>2</sup> vom 13. Februar 1965

1) Sachverhalt

a) Reaktion in Kairo

Die Vermittlungsaktion des Generaldirektors<sup>3</sup> im spanischen Außenministerium, Marquis de Nerva, der die an ihn ergangenen Instruktionen sehr extensiv ausgelegt hat<sup>4</sup>, führte in Kairo zu dem Ergebnis, daß Präsident Nasser

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 323*

ten Staaten eliminiert werden. Von diesem Junktim ist beim MLF-Projekt nie die Rede gewesen. [...] Die Aufnahme dieses Junktims in die künftige Verhandlungsgrundlage bedeutet nach meiner Ansicht eine höchst gefährliche und durch nichts gerechtfertigte Vorleistung von unserer Seite.“ Angesichts der nun eingetretenen Situation schlug Grewe vor, die „Rechtsuntergruppe“ der MLF-Arbeitsgruppe „sine die“ zu vertagen. Deren für Anfang März 1965 anberaumtes Treffen erscheine ihm selbst angesichts des Wunsches der Bundesregierung, „den hiesigen Apparat soweit intakt zu halten, daß er jederzeit für neue Verhandlungen wiederbelebt“ werden könne, als „reichlich anachronistisch“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 215; VS-Bd. 1371 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>10</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 17. Februar 1965 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Krapf vermerkte: „Ich meine, wir sollten die Sache wieder in die Pariser A[rbeits]gr[uppe] bringen. Dieser Ansicht war heute auch Cattani (den wir unbedingt brauchen).“ Hat im Durchdruck Bundesminister Schröder am 19. Februar 1965 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 1371 (II A 7).

<sup>1</sup> Die Kabinettsitzung fand am 17. Februar 1965 statt. Für einen Auszug aus den handschriftlichen Notizen des Bundesministers Schröder über die Sitzung vgl. Dok. 88, Anm. 14.

<sup>2</sup> Karl Carstens.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Generalsekretärs“.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 73, besonders Anm. 22.

Botschafter Allardt, Madrid, teilte am 13. Februar 1965 seinen Eindruck mit, es beginne sich bei dem Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Marques de Nerva, eine „deutliche Verstimmung“ darüber abzuzeichnen, daß seine Vermittlungsbemühungen von der Bundesregierung nicht angemessen gewürdigt würden und daß der Vorwurf, er „habe seine Weisungen insbeson-

glaubt, daß wir ab sofort keine Waffen mehr an Israel liefern.<sup>5</sup> Die Verlautbarung, die Ali Sabri im Parlament machte, unterstellt diese Tatsache.<sup>6</sup>

Demgegenüber hat der Herr Bundeskanzler in Bonn vor der Auslandspresse<sup>7</sup> und der Bundespressechef auf der Pressekonferenz am 12.2.<sup>8</sup> bekanntgegeben, daß wir zwar pro futuro<sup>9</sup> keine neuen Waffenlieferungsverträge mehr abschließen würden, daß jedoch die Waffenlieferungen an Israel aus den laufenden Abmachungen auf dem Wege einer einvernehmlichen Regelung mit Israel<sup>10</sup> honoriert würden mit dem Ziel, eine finanzielle Ablösung zu erreichen.

Die Botschaft Kairo hat mit Drahtbericht vom 12.2. darauf hingewiesen, daß der Widerspruch zwischen den Zusagen der Bundesregierung durch den Marquis de Nerva und den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers in Bonn Präsident Nasser veranlassen könnten, die deutsche Seite der bewußten Irreführung zu beschuldigen und die Konsequenzen hieraus durch Anerkennung der SBZ und Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu ziehen.<sup>11</sup>

#### b) Reaktionen in Israel

Die bereits eingeleiteten Verhandlungen zu einer gütlichen Liquidierung der Waffenlieferung<sup>12</sup> im Sinne der öffentlichen Verlautbarung der Bundesregierung vom 12.2. haben bisher in Israel eine negative Aufnahme gefunden.<sup>13</sup> Die israelische Presse hat auf Grund von offiziellen Verlautbarungen in schärf-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 324*

dere auch bei seiner publizistischen Betätigung überschritten, stärker betont werde als seine Verdienste“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 39; VS-Bd. 422 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>5</sup> Der Passus „Nasser ... liefern“ wurde von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

<sup>6</sup> Zu den Ausführungen des ägyptischen Ministerpräsidenten vom 10. Februar 1965 vgl. Dok. 70, Anm. 13.

<sup>7</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 12. Februar 1965 vgl. BULLETIN 1965, S. 218.

<sup>8</sup> Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vgl. Dok. 70, Anm. 19.

<sup>9</sup> Die Wörter „pro futuro“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

<sup>10</sup> Die Wörter „einvernehmlichen Regelung mit Israel“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

<sup>11</sup> Botschaftsrat I. Klasse Müller, Kairo, legte dar, daß mit einer diplomatischen Anerkennung der DDR durch die VAR „vor oder während des Ulbricht-Besuchs“ und mit einem Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik gerechnet werden müsse, falls die Bundesregierung weiterhin die bereits zugesagten Waffenlieferungen gegenüber Israel vornehmen werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 160; VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Dok. 70.

<sup>13</sup> Die Wörter „Israel eine negative Aufnahme“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

Am 15. Februar 1965 erklärte Ministerpräsident Eshkol vor dem israelischen Parlament zu dem Vorschlag der Bundesregierung, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen: „Es ist die Pflicht Deutschlands, Israel mit der für seine Sicherheit notwendigen Ausrüstung beizustehen; eine Entschädigung und Ersatzleistungen können nicht an Stelle der Erfüllung dieser Verpflichtung treten. Wir werden keine geldliche Entschädigung als Ersatz für die Einstellung der uns zugesagten Sicherheitshilfe annehmen.“ Vgl. die Mitteilung der Informationsabteilung der Israel-Mission in Köln vom 15. Februar 1965; Referat I B 4, Bd. 190.

Vgl. dazu auch den Artikel „Bonn to Halt U.A.R. Aid if Ulbricht Visits Cairo. Israel Denounces Move by Germans to Halt Arms Deliveries“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39105 vom 16. Februar 1965, S. 1 und 6.

ster Form reagiert und Gegenmaßnahmen der Regierung angekündigt. Nur Ministerpräsident a.D. Ben Gurion hat vermittelnde Worte gefunden.<sup>14</sup>

### c) Reaktion in USA

Auch das State Department<sup>15</sup> hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, der Bundesregierung zur gütlichen Liquidierung der von ihr eingegangenen Waffenlieferungsverpflichtungen an Israel Hilfestellung zu leisten.<sup>16</sup> Die Tendenz der Amerikaner geht vielmehr dahin, uns weiter vorzuschieben, da sie es mit Rücksicht auf die arabische Welt vermeiden wollen, selbst offen als Waffenlieferanten für die israelische Armee aufzutreten.<sup>17</sup>

### 2) Folgerungen

Die Politik der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Waffenlieferungen nach Israel ist als Folge des dargelegten Sachverhalts vor eine ernste Krisensituation gestellt. Es erweist sich als unmöglich, den Forderungen aller beteiligten Partner gerecht zu werden, da sowohl die arabische wie die israelische Seite die Frage der Waffenlieferungen als eine Frage der Existenzbedrohung bzw. -sicherung<sup>18</sup> ansehen. Das Problem ist daher nur aus der Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland selber zu lösen. Durch die bisher unternommenen Schritte nach beiden Seiten ist unser Ansehen bereits bei allen Beteiligten gefährdet und neben der Spannung mit Israel und der VAR sogar das Verhältnis zu den USA einer Belastung unterworfen. Es ist die Aufgabe der Bundesregierung, durch klare Entscheidungen die Krise zu beenden, um ohne allzu großen Schaden die Beziehungen zu den betroffenen Ländern auf einer neuen Grundlage weiter zu pflegen.

### 3) Vorschläge

#### a) Waffenlieferungskomplex

Es wird daher vorgeschlagen, die Bundesregierung möge einem sofortigen Lieferungsstop auch für die noch laufenden Lieferungsverpflichtungen bekanntgeben. Diese Entscheidung findet ihre Rechtfertigung in folgender Erwägung: Als wesentliche Bedingung für das deutsch-israelische Waffenarrangement war festgelegt, daß die Angelegenheit strikt vertraulich behandelt werden müsse. Diese Bedingung ist den Israelis von amerikanischer Seite mit der Maßgabe klagemacht worden, „daß das Geschäft beendet sei, wenn irgend etwas nach außen dringt“ (so McNamara gegenüber Bundeskanzler Erhard am 12. Juni 1964).<sup>19</sup> Wesentliche Bedingung für die Erfüllung des Geschäfts war somit, daß keinerlei Veröffentlichungen weder aus israelischer noch aus son-

<sup>14</sup> Der ehemalige israelische Ministerpräsident hielt zwar die Entscheidung der Bundesregierung, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen, für einen „Fehler“, den dadurch eingetretenen Schaden für die deutsch-israelischen Beziehungen jedoch für „reparabel“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 595 des Botschafters Knappstein, Washington, vom 2. Februar 1965; Ministerbüro, Bd. 220.

<sup>15</sup> Die Wörter „State Department“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Dok. 74.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder durch eine geschlängelte Linie am Rand hervorgehoben.

<sup>18</sup> Die Wörter „Existenzbedrohung bzw. -sicherung“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlägelt.

<sup>19</sup> Zur Absprache über die Lieferungen amerikanischer Panzer durch die Bundesrepublik und zu den vereinbarten Modalitäten vgl. Dok. 39, Anm. 6.



stiger Quelle über das Geschäft erfolgen. Durch die Tatsache, daß in der Zwischenzeit vor allem durch amerikanische Pressepublikationen<sup>20</sup> der Inhalt der Waffenlieferungsvereinbarung im Detail der Weltöffentlichkeit bekannt wurde, ist die wesentliche Voraussetzung für die Durchführung der Abmachungen entfallen. Damit ist auch die Verpflichtung der deutschen Seite zur Erfüllung ihrer Zusage erloschen.

Aus der besonderen historisch bedingten Verpflichtung des deutschen Volkes gegenüber dem Judentum und damit gegenüber Israel will die Bundesregierung jedoch trotz der veränderten Voraussetzungen und obwohl sie rein rechtlich zu weiteren Leistungen nicht verpflichtet wäre, einen Beweis ihres guten Willens erbringen. Sie hat daher Israel angeboten, die restlichen, nur noch ca. 20 % der Gesamtvereinbarung umfassenden Waffenlieferungen<sup>21</sup> auf dem Wege der Ablösung durch entsprechende Lieferungen in Geld oder nichtmilitärischem Material auszugleichen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß hierdurch eine faire Regelung erfolgt, die den außenpolitischen Notwendigkeiten der deutschen Wiedervereinigungspolitik Rechnung trägt und den besonders gelagerten Interessen der anderen Staaten gerecht wird.

Das Auswärtige Amt ist der Auffassung, daß eine im israelischen Sinne positive Entscheidung in der Frage der Verjährungsfrist<sup>22</sup> unsere Lage gegenüber Israel außerordentlich erleichtern würde.

#### b) Ulbricht-Besuch<sup>23</sup>

Da der Besuch von Ulbricht, den Nasser als Vergeltungsaktion gegen die deutschen Waffenlieferungen nach Israel deklariert hat, über den deutsch-ägyptischen Spannungsherd hinaus eine gefährliche Auswirkung auf die übrigen Staaten der neutralen Welt haben kann, ist die Bundesregierung genötigt, ihre Maßnahmen gegenüber der VAR besonders sorgfältig abzuwägen. Sie steht hierbei vor der schwierigen Aufgabe, ein eindeutiges Exempel der Abschreckung für andere Staaten zu statuieren, ohne Nasser durch Überspitzung der Maßnahmen dazu zu veranlassen, im Wege der Kurzschlußreaktion doch noch die Sowjetzone anzuerkennen. Eine unseren Interessen entsprechende harte Haltung gegenüber der VAR setzt einerseits voraus, daß in der Frage der Waffenlieferung eine<sup>24</sup> unzweideutige Klärung erfolgt ist. Es muß andererseits verhindert werden, daß Nassers Einladung an Ulbricht ohne für die VAR empfindliche Folgen bleibt, da sonst die Abschreckung verloren geht. Es wird daher notwendig sein, gegenüber der VAR, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht (Beteiligung am Fünfjahresplan, Gewährung von Kapital-

<sup>20</sup> Vgl. dazu den Artikel von Arthur Olsen: „Bonn Giving Israel 80 Million in Arms to Pay Moral Debt“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39079 vom 21. Januar 1965, S. 1 f. Zum Bekanntwerden der Waffenlieferungen vgl. auch Dok. 1, Anm. 3.

<sup>21</sup> Auf der Sitzung des Bundeskabinetts vom 17. Februar 1965 notierte Bundesminister Schröder handschriftlich, daß die Lieferung von 90 Panzern vom Typ M 48, sechs Schnellbooten ohne Bewaffnung, zwei U-Booten, drei Flugzeugen vom Typ Dornier 28 und von 36 Haubitzen noch nicht ausgeführt worden sei. Vgl. VS-Bd. 8420 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>22</sup> Vgl. dazu Dok. 53.

<sup>23</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 75. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>24</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gestrichen: „öffentliche“.

hilfe)<sup>25</sup>, sich äußerst restriktiv zu verhalten; weiter muß der Staatsbesuch Präsident Nassers<sup>26</sup> verschoben werden und jede Unterstützung ägyptischer Anliegen in internationalen Organisationen unterbleiben.

Unsere Maßnahmen müssen jedoch vermeiden, unsere unter großem finanziellen Einsatz aufgebaute Position auf dem kulturellen und Ausbildungssektor zu gefährden<sup>27</sup>, da diese sofort von der SBZ übernommen werden würden. Durch die Durchführung der vorstehend dargelegten Richtlinien können wir folgendes erreichen:

1) Wir sichern dadurch unsere Position in der Deutschlandfrage im neutralistischen Raum noch einmal wenigstens für die Zeitspanne ab, die wir brauchen, um ein neues Konzept und eine neue Taktik auszuarbeiten und in die Praxis umzusetzen.

2) Sie bietet den anderen arabischen Staaten die Möglichkeit, sich von Nasser zu distanzieren und die freundschaftlichen Beziehungen zu uns fortzusetzen und zu entfalten, weil sie im Grunde nur in der Israelfrage mit Nasser solidarisch sind<sup>28</sup>; in der Frage der Einladung an Ulbricht sind sie es nicht.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär<sup>29</sup> dem Herrn Bundesminister<sup>30</sup> vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 8420 (Ministerbüro)

<sup>25</sup> Zur Wirtschaftshilfe an die VAR vgl. Dok. 9, Anm. 10.

<sup>26</sup> Zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik vgl. Dok. 39.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Dok. 88, Anm. 8.

<sup>28</sup> Zu den unterschiedlichen Haltungen der arabischen Staaten vgl. Dok. 134.

<sup>29</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 15. Februar 1965 vorgelegen.

<sup>30</sup> Hat Bundesminister Schröder am 16. Februar 1965 vorgelegen.

**Ministerialdirigent Böker, z.Z. Amman, an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-1462/65 geheim  
Fernschreiben Nr. 21

Aufgabe: 15. Februar 1965, 16.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Februar 1965, 21.04 Uhr

Hatte soeben 3/4-stündiges Gespräch mit König Hussein in Gegenwart neuen Premierministers Wasfi Tell.<sup>2</sup> Übergab König Brief [des] Bundespräsidenten<sup>3</sup> und übermittelte dessen aufrichtige Grüße, die König in herzlicher Weise erwiderte.

Erklärte König, daß wir Ulbricht-Besuch<sup>4</sup> nicht ohne kräftige Reaktionen gegenüber VAR hinnehmen könnten, da sonst unsere Position in gesamter neutralistischer Welt in Gefahr. Wir beabsichtigten zwar nicht, diplomatische Beziehungen abubrechen, müßten aber wohl Wirtschaftshilfe<sup>5</sup> einstellen. König zeigte für diese Haltung Verständnis und gab Hoffnung Ausdruck, daß durch seine Intervention bei Nasser<sup>6</sup> noch eine Entspannung eintreten könnte. Er wolle sich auf jeden Fall hierfür einsetzen. Seine Reise nach Kairo diene hauptsächlich diesem Zweck.<sup>7</sup> König verhehlte nicht, daß Verquickung Ulbrichteinladung mit unseren Waffenlieferungen an Israel<sup>8</sup> die anderen arabischen Staaten in schwierige Lage bringt. Er begrüße daher Erklärung Bundesregierung betreffs künftige Waffenlieferungs-Vereinbarungen.<sup>9</sup> Ich versuchte, König hinsichtlich der bereits zugesagten, aber noch nicht gelieferten Rüstungsgüter in allgemeiner Form zu beruhigen. Reaktion Königs erhellte jedoch, daß der Frage der Restlieferungen von allen arabischen Ländern entscheidende Bedeutung beigemessen wird. König verhehlte auch nicht, daß arabische Staaten sich durch unser Geheimabkommen mit Israel<sup>10</sup> betrogen

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach dem Rücktritt von Bahjat al-Talhouni übernahm am 13. Februar 1965 Wasfi al-Tell das Amt des jordanischen Ministerpräsidenten. Hazim Nuseibeh wurde als Außenminister Nachfolger von Qadri Toukan. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 49.

<sup>3</sup> Bundespräsident Lübke äußerte im Schreiben vom 12. Februar 1965 sein Bedauern über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Bundesrepublik und VAR und bat den jordanischen König, im „Geiste der deutsch-arabischen Freundschaft“ mitzuhelfen zu verhindern, „daß dieser Freundschaft nicht wiedergutzumachender Schaden zugefügt wird“. Vgl. VS-Bd. 2637 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1965.

<sup>4</sup> Zur Einladung des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht durch Präsident Nasser vgl. Dok. 75. Zum Besuch vom 24. Februar bis 2. März 1965 in der VAR vgl. Dok. 104.

<sup>5</sup> Zur Wirtschaftshilfe an die VAR vgl. Dok. 9, Anm. 10.

<sup>6</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 15. Februar 1965, die Wirtschaftshilfe einzustellen, vgl. Dok. 81, Anm. 16.

<sup>7</sup> Zum Angebot des jordanischen Königs, in der Nahost-Krise zu vermitteln, vgl. Dok. 59.

<sup>8</sup> Zum Aufenthalt des Königs Hussein vom 15. bis 17. Februar 1965 in Kairo vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, Z 60.

<sup>9</sup> Zum Umfang der Waffenlieferungen an Israel vgl. Dok. 39.

<sup>10</sup> Zur Verlautbarung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 12. Februar 1965 vgl. Dok. 70, Anm. 19.

<sup>11</sup> Zu den deutsch-israelischen Vereinbarungen über Waffenlieferungen vgl. Dok. 2, besonders Anm. 14.

fühlen, insbesondere, da wir Jordaniens Bitte auf Lieferung alter amerikanischer Panzer unter Hinweis auf Spannungsgebiet abgelehnt hatten.<sup>11</sup>

König betonte auch, er habe sich nach Deutschland-Besuch<sup>12</sup> nicht erklären können, weshalb wir den Eindruck hätten, daß Nasser sich mit Aufnahme diplomatischer Beziehungen BRD-Israel abfinden würde. Er teile diese Auffassung nicht und befürchte nach wie vor, daß solcher Schritt arabische Staaten entgegen ihren Wünschen zu entsprechenden Gegenmaßnahmen zwingen würde. Man erwarte von Deutschland besonderes Verständnis für arabische Lage, da auch wir geteiltes Land und mit Flüchtlingsproblemen belastet. Ich erwiderte, daß Aufnahme diplomatischer Beziehung zu Israel zur Zeit nicht zur Diskussion stehe.<sup>13</sup> Wir fragten nun aber manchmal, ob es nicht für alle Beteiligten, einschließlich Araber, besser wäre, wenn wir normale, offizielle Beziehungen und dadurch Pressionen besser ausweichen könnten. König sagte ferner, er könne sich noch nicht recht erklären, weshalb Nasser unerwarteten Schritt, Ulbricht einzuladen, unternommen hätte. Dies sei eine zu heftige Reaktion auf Enthüllungen über deutsche Waffenlieferungen gewesen. Ich erwiderte, auch wir seien durch Nassers Schritt völlig überrascht worden, zumal seit Besuch Präsident Gerstenmaiers<sup>14</sup> mit ihm offen über Lösung Problems Waffenlieferungen gesprochen worden war und sein Staatsbesuch in Deutschland<sup>15</sup> vor der Tür stand. Unseres Erachtens hätten nur zwei Mächte – die Sowjetunion und Israel – ein Interesse daran, daß das freie Deutschland aus dem Nahen Osten verdrängt würde. Dadurch würden Bande arabischer Länder zum Westen entscheidend geschwächt. Nasser habe durch Ulbrichteinladung dieses Ziel in gefährlicher Weise gefördert. König stimmte dem voll zu und wiederholte, daß er sich in Kairo ganz in diesem Sinne einsetzen werde. Er glaube kaum, daß Nasser Besuch Ulbrichts jetzt noch absagen könne – wollte diese Möglichkeit aber auch nicht ganz ausschließen – auf jeden Fall müsse alles geschehen, um schwerwiegende Folgen zu begrenzen. Er werde uns von Ergebnis seiner Besprechungen unterrichten und nach Kairo-Besuch Brief Bundespräsidenten beantworten.<sup>16</sup> Ich erwiderte, daß wir fest

<sup>11</sup> Zu dem von König Hussein geäußerten Wunsch nach der Lieferung von Panzern des Typs M47 und M48 wies der Zweite Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn am 17. Dezember 1963 darauf hin, daß Jordanien sich in einer schlechten finanziellen Lage befinde. Falls an einen Verkauf der Panzer gedacht werde, so bestehe die Gefahr, daß die daraus resultierenden finanziellen Verpflichtungen das amerikanische „Hilfsprogramm“ für Jordanien beeinträchtigen könnten. Daher rate die amerikanische Regierung „von einem derartigen Geschäft“ ab. Starkey bat jedoch darum, „bei Ablehnung die vorgenannten Gründe nicht zu erwähnen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stechow vom 17. Dezember 1963; VS-Bd. 2314 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1963.

<sup>12</sup> König Hussein hielt sich vom 25. November bis 3. Dezember 1964 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Zum Communiqué vom 27. November 1964 vgl. BULLETIN 1964, S. 1619. Für die Gespräche mit Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Erhard vom 25. bzw. 26. November 1964 vgl. Referat I B 4, Bd. 187.

<sup>13</sup> Vgl. dazu auch Dok. 39, Anm. 18.

<sup>14</sup> Zum Aufenthalt des Bundesstaatspräsidenten vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. AAPD 1964, II, Dok. 352. Vgl. dazu auch Dok. 10.

<sup>15</sup> Zum geplanten Besuch des ägyptischen Präsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 39.

<sup>16</sup> Am 19. Februar 1965 übermittelte Legationsrat Holthoff, Amman, mit Drahtbericht Nr. 23 den Wortlaut des Antwortschreibens des jordanischen Königs. Vgl. VS-Bd. 8448 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1965.

entschlossen seien, trotz der unvermeidlichen schweren Belastung deutsch-ägyptischen Verhältnisses Beziehungen zu allen anderen arabischen Staaten besonders zu pflegen. Wir hätten aus Enttäuschung mit Nasser gelernt, daß man sich nicht auf Kosten verlässlicher Freunde auf unzuverlässige Freunde allzusehr konzentrieren dürfe.

Gespräch mit neuem Außenminister Nuseibeh verlief in denselben Bahnen. Ich machte ihm deutlich, daß protokollarische Herabstufung Besuchs nicht genügt, um deutsche Gegenmaßnahmen zu verhindern; allenfalls könne ein offenes Bekenntnis Nassers zum deutschen Selbstbestimmungsrecht in Gegenwart Ulbrichts von politischem Wert sein.

Fazit der Gespräche:

- 1) Trotz Waffenlieferungen ist unser Goodwill hier noch erheblich.
- 2) Eindeutige befriedigende Regelung betreffend Restlieferungen an Israel<sup>17</sup> ist Voraussetzung für jede Politik der Isolierung Nassers in Ulbricht-Frage.
- 3) Langfristig ist Wiedererlangung unserer Glaubwürdigkeit entscheidend für deutsch-arabische Beziehungen.

[gez.] Böker

VS-Bd. 8448 (Ministerbüro)

## 79

### Gesandter Knoke, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-1451/65 geheim

Fernschreiben Nr. 248

Citissime

Aufgabe: 15. Februar 1965, 18.30 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 15. Februar 1965, 18.59 Uhr

Soutou gab mir heute mit der Bitte um Weiterleitung an Ministerialdirigent Dr. Böker seinen Lösungsvorschlag für die Entwicklung der deutsch-arabisch-israelischen Krise bekannt. Er betonte dabei, daß es ein Vorschlag à titre personnel sei, weil er seinen Minister nach dessen Rückkehr aus Indien<sup>2</sup> noch nicht habe sprechen können.

<sup>17</sup> Zu den noch nicht abgewickelten Lieferungen vgl. zuletzt Dok. 77, besonders Anm. 21.

Zu den Bemühungen der Bundesregierung, die noch ausstehenden Waffenlieferungen durch Geldzahlungen abzulösen, vgl. Dok. 70.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

<sup>2</sup> Der französische Außenminister Couve de Murville hielt sich vom 8. bis 11. Februar 1965 zusammen mit Ministerpräsident Pompidou zu einem offiziellen Besuch in Indien auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1965, Z 48.